

elam

MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE

Ein Tag bei Frank Schöbel:

● Star sein in der DDR



Jugendvertreter:

Von den Kollegen gewählt - von den Bossen gefeuert

Antikriegstag 1. September:

Bildung statt Bomben!

Großer Preis für elam:
Diplom des WBDJ

elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Dort-
mund (verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Hartmut Schulze,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

Wolfgang Freitag

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS- GESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10 068 742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290/600

DRUCK

Heska-Druck GmbH,
Klein-
Krotzenburg

Knüppel frei?

Staats- und Verfassungsrecht
entfällt in diesem Jahr.
Lakonische Bemerkung unter
Abschnitt II des Polizeikalenders
1973, Verlag Deutsche Po-
izei, Hilden.

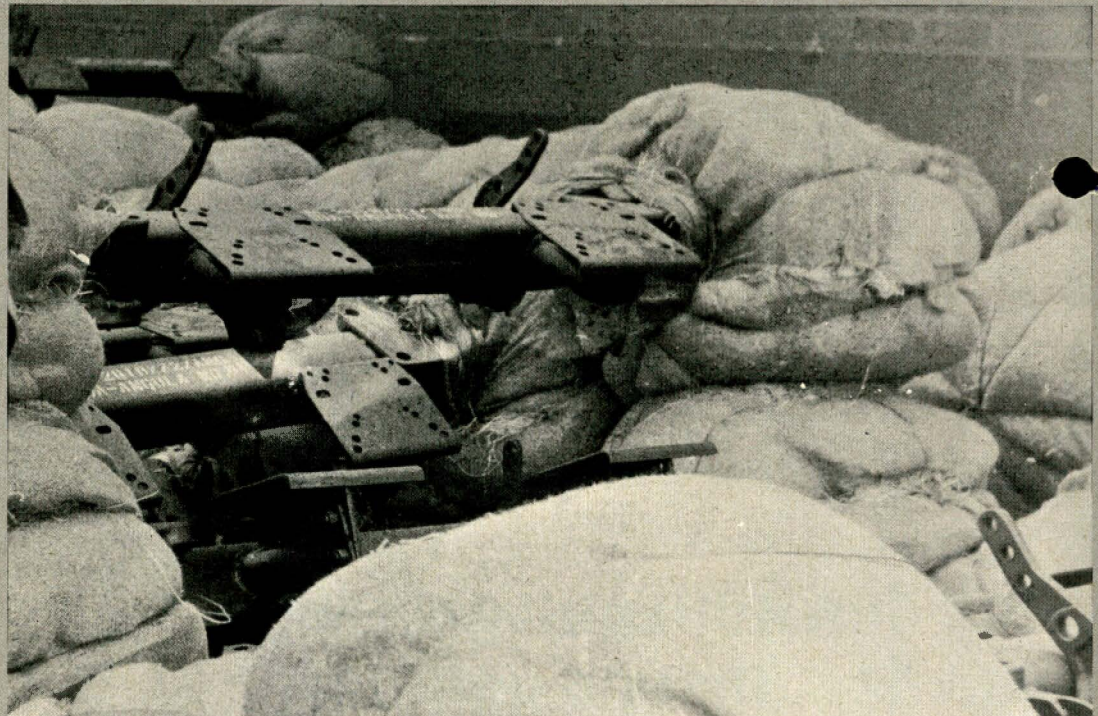
Träf

Sprachpflege tut not! Kein
Fremdwort für ein träfes Eigen-
wort!
Parole des „Vereins für Sprach-
pflege“, Hamburg.

Kapital

Imhoff nannte die Belegschaft
seines neuen Werkes sein wich-
tigste Kapital.
Westfäl. Rundschau über den
Verkauf der Euro-Coop-Scho-
koladenfabrik Dortmund an
Imhoff, 15.5.73.

Das Foto des Monats



★ Nach wie vor liefert die BRD Rüstungs-
gegenstände für den Kolonialkrieg der
portugiesischen Faschisten. Diese Achsen
für Militär-Lkws. stehen vor Schuppen 75

★ im Hamburger Hafen für die Verladung auf
den portugiesischen Frachter „Sofala“ be-
reit.
Ziel: Angola.

Menschenhandel
Griechen sind knapp, Türken
noch zu haben.
Welt am Sonntag, 25.3.73.

Hoffnungslos

Ich glaube fest daran, daß
Amerika die Hoffnung der Welt
ist.
US-Präsident Nixon zum Water-
gate-Skandal, Stern 20/73.

Unfallverhütung

Duften Puppen haben, wie
Befragung der Fordwerke-Be-
legschaft ergab, sehr viel
größere Chancen, zur Unfallver-
hütung im Werk beizutragen als
die bisher üblichen Plakate der
Berufsgenossenschaft.
Westdt. Allg. Zeitung, 12.5.73.

Karl Marx

Von den knapp 1 100 Befrag-
ten zählten zwölf auch Egon
Bahr und zwei Karl Marx zu
den bekanntesten DDR-Politi-
kern.
Westdt. Allg. Zeitung, 16.5.73.

Sprach-
pflege-
sachen

Lieber Leser

Abrüstung	
Bildung statt Bomben	4
Cartoon: Südvietnam 1973	8
Arbeiterjugend in Aktion	
Meldungen	9
Jugendvertreter: Von den	
Kollegen gewählt, von Bossen	
gefeuert	10
Alte von Roter Kuckuck	12
Festivalland DDR	
Ein Tag bei Frank Schöbel	14
§ 218	
Sich beugen und zeugen?	16
Kurzgeschichte	18
Jugendpolitische Blätter	
Stufenausbildung nach Kon-	
zernherrenart / Internationale	
Konferenz gegen Berufs-	
verbote / 10. Weltfestspiele	19-22
elan-Politposter	24/25
Forum der Jugendverbände	
14. Bundeskonferenz der	
SJD—Die Falken / Pfingst-	
campus der SDAJ / DBJR-	
Vollversammlung	27-30
elan-Jahrestag	
15 Jahre elan	31
Interview	
UZ — täglich gegen die Bosse	34
Lebensqualität	
Obst ist gesund, Herr Minister	36
elan-International: Festival	
W... in Moldawien (UdSSR)	38
Bundeswehr	
Kampf demokratischer	
Soldaten	40
Leserpost	42
Kultur-Magazin	
Lieder zum Festival / Kuros	
Grafik in Oberhausen / So	
halten Eure Platten länger	44
Witze	48
Fotos: adn (1), Bartels (4),	
Dörr (1), Fotocol (1), Hem-	
mann (1), Hoffmann (1),	
Hollmann (1), Kuehn (1),	
Otte (1), Preker (1), Rose (9),	
Schulte (3), Scholz (3),	
Silberzahn/Meinberg (2)	
Titelfoto: Heinz Hollmann	



ein mieser kleiner Agent namens Steiner macht in diesen Tagen Schlagzeilen. „Korruption!“, zetert die BILD-Zeitung. „Bestechung!“, tönt Quick. „Abgeordnetenkauf!“ wettern Kohl & Co. Sie schreien „Watergate in Bonn“. Es sind die gleichen Kräfte, die in den Apriltagen des vergangenen Jahres durch Bestechung und Abgeordnetenkauf, ja, mit staatsstreichähnlichen Methoden versuchten, die Regierung Brandt und mit ihr die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin zu stürzen.

Was soll das ganze Geschrei? Was bezwecken die Regisseure dieses Spektakels mit der Steiner-Show?

Die Antwort ist einfach. Die CDU/CSU hat die Niederlage in ihrer Geschichte hinnehmen müssen: Die Verträge sind durch! In Helsinki beginnt die europäische Sicherheitskonferenz! Und der Besuch Leonid Breshnews in der Bundesrepublik hat noch einmal deutlich gemacht, welche großen Chancen sich für unser Land aus engen und guten Beziehungen zur Sowjetunion ergeben. Wie positiv die Mehrheit der Bevölkerung der BRD darüber denkt, das ist in den Tagen des Besuches offenbar geworden. Das hat auch die große und eindrucksvolle Freundschaftskundgebung in Bonn unterstrichen.

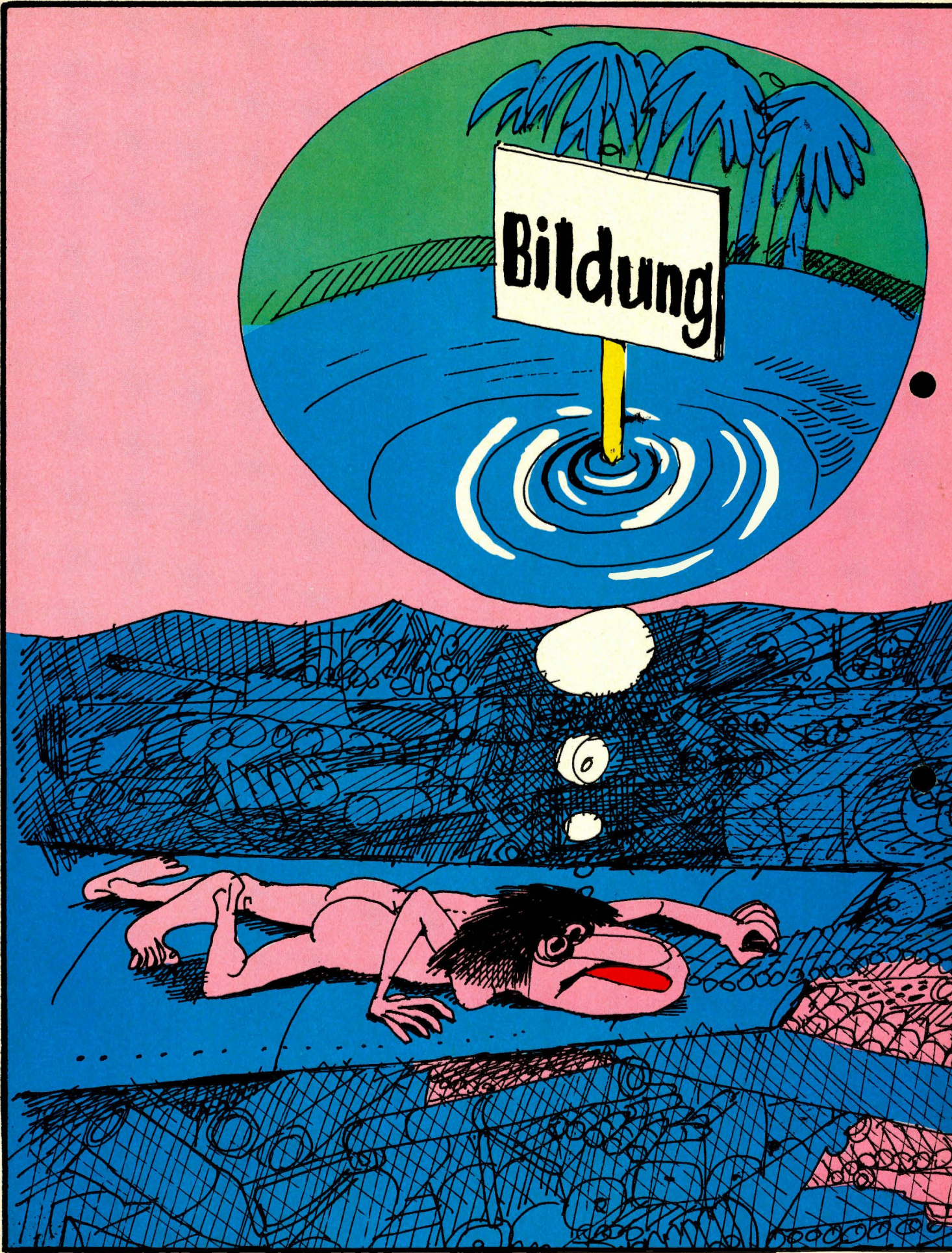
Unser Kampf hat sich also gelohnt. Aber er ist nicht zuende. Daran erinnert uns auch die jüngste Provokation der CDU/CSU und der Springerpresse. Richtig ist: Antikommunismus und Antisowjetismus sind noch nie von den Werkbänken unseres Landes ausgegangen. Aber noch gibt es bei uns starke Kräfte, die den Antikommunismus als Waffe einsetzen, um der positiven Entwicklung, die durch den Breshnewsbesuch starke Impulse bekommen hat, Steine in den Weg legen. Sie haben eine wichtige Schlacht verloren, aber sie geben ihren Widerstand gegen Entspannung, Abrüstung und normale Beziehungen zu den sozialistischen Ländern nicht auf.

Sie waren in der Vergangenheit nicht wählerisch in der Wahl ihrer Mittel. Sie sind es auch jetzt nicht. Gewiß, sie sind politisch und moralisch auf den Hund gekommen. Das aber schreckt sie nicht ab, mit einem dressierten Acht-Groschen-Jungen Politik zu machen, neue Provokationen zu starten, um vergessen zu machen, daß die Entscheidung über die Verträge letztlich von den Arbeitern, von der Jugend, von allen, die Frieden und Entspannung wollen, im außerparlamentarischen Kampf erzwungen worden ist.

Unser Kampf muß also weitergehen, wo immer wir „vor Ort“ sind: am Arbeitsplatz, in der Lehrwerkstatt, in der Schule. Die Verträge sind durch — das muß Folgen haben. Und sie stellen wir uns anders vor als Herr Leber, der nach jüngsten NATO-Berechnungen in diesem Jahr 38 Milliarden DM für die Rüstung verpulvern will.

Hubert Reichel

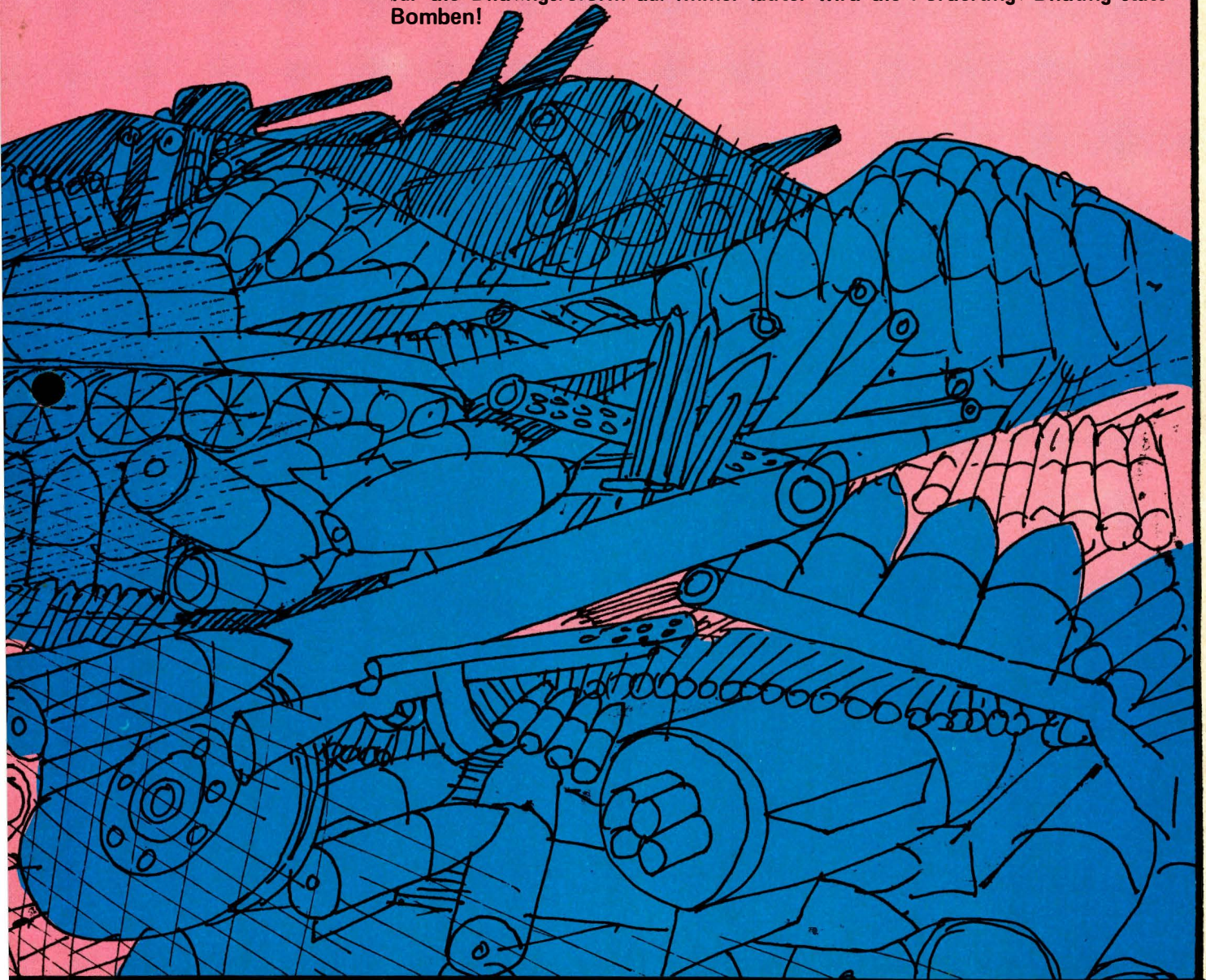
Hubert Reichel
 Mitherausgeber des elan und stellvertretender Chefredakteur der UZ



1. September 1973 – Antikriegstag

Bildung statt Bomben

Im Oberhausener Jugendzentrum lauschen junge Leute den Instrumenten einer Beat-Band. Schwoof-Abend – denkt man im ersten Moment. Doch hier steckt mehr dahinter. „Anti-Barras-Fete“ – bereits zum zweiten Mal klären verschiedene Oberhausener Jugendverbände gemeinsam auf über Bundeswehr, Rüstung und Friedenskampf. Oberhausen ist nur ein Beispiel für viele. In vielen Städten gibt es derartige Initiativen und Aktionen. Überall geht es darum, die mit den sozialistischen Staaten abgeschlossenen Verträge konsequent zu verwirklichen und mit Leben zu erfüllen. Was immer mehr junge Menschen von der Bundesregierung verlangen, wurde besonders deutlich bei der Freundschaftskundgebung der 50 000 anlässlich des Breshnew-Besuchs in Bonn: Frieden und Abrüstung für unser Land – Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten. Jetzt wird es Zeit, daß die Rüstung runtergeschraubt wird. Dann ist das Geld für die Bildungsreform da. Immer lauter wird die Forderung: Bildung statt Bomben!



Bildung statt Bomben



Im freundschaftlichen Gespräch: eine Delegation des Parteivorstands der DKP beim Empfang durch Leonid Breshnew auf dem Petersberg. (Von links nach rechts: Martha Buschmann, Kurt Bachmann, Hermann Gautier, Leonid Breshnew, Rolf Priemer, Valentin Falin.)

Was hat die Jugend vom Breshnew-Besuch?

Vor allem die Jugend gewinnt am Frieden, weil uns das Schicksal unserer Väter erspart bleibt. Die anlässlich des Breshnew-Besuchs unterzeichneten Verträge über wirtschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit entsprechen den Interessen unseres Landes und geben den arbeitenden Menschen neue Möglichkeiten im Kampf für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus.

Entsprechend dem Artikel 9 des Kulturabkommens geht es um den Einsatz für eine verstärkte Förderung des Jugend-

austausches. Die konsequente Verwirklichung des Abkommens macht aber vor allem erforderlich, daß solche Verbände wie der VDS oder die SDAJ, die sich entschieden für Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten eingesetzt haben, auch aus öffentlichen Mitteln gefördert werden. Es geht auch darum, jetzt verstärkte Aktivitäten zu entwickeln, damit die Verträge in unseren Schulbüchern, in den Straßennamen und den Landkarten Wirklichkeit werden, so wie es Artikel 3 des Kulturabkommens fordert.



Freundschaftskundgebung der 50 000 in Bonn: Frieden nützt allen!

„Was nützt uns das beste Bildungssystem, wenn die Bolschewiken kommen?“ 13 Jahre ist es nun her, als der CDU-Abgeordnete Josef Rommerskirchen diese idiotische Frage stellte. Die CDU/CSU war es, die mit dem antikommunistischen Buhmann die Bundesrepublik in die Schützengräben des kalten Krieges zerrte. Sie stampfte die teuerste Armee Westeuropas aus dem Boden. Sie machte die Bundesrepublik zum engsten und treuesten Verbündeten der US-Völkermörder – immer alles in trauter Gemeinsamkeit mit dem westdeutschen und internationalen Rüstungskapital, das absahnt, wenn Minister nach Panzern rufen.

Runter mit der Rüstung

Hochmoderne Rüstung – das ist die eine Seite. Die andere Seite der Medaille sind ein völlig veraltetes Bildungssystem, Lehrermangel, zu wenig Schulen, teure Nahverkehrsmittel, viel zu wenig Jugendförderung, steigende Preise und Währungsverfall. Es ist leider kein Witz, daß die Bundesrepublik in Bezug auf die Bildungsausgaben auf einer Stufe mit Uganda steht. Für Bildung gibt Bonn im Jahre 1973 4,8 Milliarden DM aus, für die Bundeswehr aber 28 Milliarden DM, fast sechsmal soviet. Und das, obwohl die CDU/CSU längst nicht mehr Regierungspartei ist.

Diese Tatsachen wiegen um so schwerer, da in Bonn ständig die Steuerschraube angezogen wird und wir uns trotzdem anhören müssen, für notwendige Reformen sei Geld vorhanden.

Nun ist die Sicherung des Friedens in greifbare Nähe gerückt. Das politische Ereignis des Jahres 1973 ist zweifellos der Besuch des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breshnew, in der Bundesrepublik. Eine neue Seite im dramatischen Buch der Beziehungen zwischen unseren Ländern wurde aufgeschlagen. Ein wichtiger Schritt zur Normalisierung und Vertiefung der Zusammenarbeit und der weiteren Sicherung des Friedens ist getan. Verträge tragen die Unterschrift von Breshnew und Brandt – Verträge, die uns allen nutzen und deshalb mit Leben erfüllt werden müssen.

Verträge verwirklichen

Mit Leben erfüllen – das hört sich einfacher und selbstverständlicher an, als es ist. Die CDU/CSU zieht alle Register, um das Rad der Geschichte zu stoppen und auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wirft eimerweise Sand ins Getriebe anstatt es mit dem längst fälligen Rüstungs-

Selbstklebende Plaketten hat die Landes-
schülervertretung Niedersachsen herausge-
geben, um die Kampagne „Bildung statt
Bomben“ zu unterstützen. Preis: 10 Stück
1,50 DM. Anschrift: 34 Göttingen, Post-
fach 481.



abbau zu schmieren. 1973 – das Jahr des
Preshnew-Besuchs – ist zugleich das Jahr
Rekord-Rüstungshaushaltes. Zu den
Initiatoren der Bonner Freundschaftskund-
gebung gehörten der Verband Deutscher
Studentenschaften und die SDAJ. Alles
haben diese Verbände getan, um der Frie-
denspolitik zum Durchbruch zu verhelfen.
Aber – dem VDS wurden die Mittel aus
dem Bundesjugendplan gestrichen, der
SDAJ wurden sie gar nicht erst gewährt.
Dafür genießt die entspannungsfeindliche
Deutsche Jugend des Ostens den warmen
Geldregen aus der Bonner Gießkanne. Die
Förderung dieser revanchistischen Organi-
sation steht im krassen Widerspruch zu den
von der Bundesregierung unterzeichneten
Verträgen. Die Verträge mit Leben erfül-
len, heißt auch Abbau des Antikommunis-
mus, heißt vor allem, freundschaftliche Be-
ziehungen mit den Völkern der sozialisti-
schen Staaten zu entwickeln.

Frieden und Freundschaft

Die Oberhausener Jugendverbände – u.a.
DFG-IdK, DGB-Jugend, Jungdemokraten,
SDAJ, MSB Spartakus, Jungsozialisten und
Naturfreundejugend – stellten in einer ge-
meinsamen Erklärung zu ihrer Anti-Barras-
Fete fest: „Die ständig steigenden Rüs-
tungsausgaben widersprechen einer Politik
der Entspannung, da mit dem einzig denk-
baren potentiellen ‚Gegner‘ Verträge über
die Anerkennung der bestehenden Grenzen
und gegenseitigen Gewaltverzicht abge-
schlossen sind. Die Konsequenz aus den
Verträgen mit der Sowjetunion, der Volks-
republik Polen und der Deutschen Demo-
kratischen Republik ist die Senkung der
Rüstungsausgaben und die Verwendung der
freiwerdenden Mittel in den Bereichen Bil-
dung, Gesundheit und Soziales.“

Um diese Fragen wird es besonders am 1.
September, dem Antikriegstag gehen. In
der letzten elan-Ausgabe erklärten Jugend-
vertreter unter der Losung „Bildung statt
Bomben“ ihre Bereitschaft, vielfältige ört-
liche Initiativen zu entwickeln und zu un-
terstützen, getragen von einem möglichst
breiten Bündnis der verschiedenen Kräfte
der Jugend, um nach den X. Weltfestspie-
len den Kampf um die Sicherung des Frie-
dens weiterzuführen und noch zu verstär-
ken.

Wolfgang Bartels



Transparente sind schon vorbereitet – die Aktion gegen Bildungsnotstand geht los.

US-ERFOLGE in SÜD-VIETNAM



Die Demokratie wurde gefestigt



Tausende Frauen und Mädchen erhielten eine Berufsausbildung in der Kulturbranche



Milliarden Dollars brachten Wohlstand



Durch den massiven Einsatz des neuen Kunstdüngemittel Marke "Napalm" bekam die Landwirtschaft einen neuen Auftrieb.



Jugendarbeitsschutz

Bundesarbeitsminister Arendts Entwurf für ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz ist fertig. Er genügt bei weitem nicht den gewerkschaftlichen Forderungen. Deshalb hat der DGB einen eigenen Novellierungsvorschlag vorgelegt. Klar ist: Von selbst verwirklicht sich dieser Vorschlag nicht. Ein wirklich besseres Gesetz muß erkämpft werden.

Mißstände bestätigt

Die Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik führte eine Umfrage unter 35 000 Lehrlingen durch. Ergebnis: Nur 40 % erhalten die vorgeschriebenen 8 bis 12 Wochenstunden Berufsschulunterricht. 40 % der Lehrbetriebe haben keinen Betriebsrat, ein Drittel keine Jugendvertretung, 60 Prozent der Lehrlinge keine Jugendversammlung.

Für Bildungsurlaub

Eine Dokumentation hat die hessische Gewerkschaftsjugend herausgebracht, in der nachgewiesen wird, wie die Unternehmer den Bildungsurlaub für junge Arbeiter und Angestellte sabotieren. Die DGB-Jugend fordert zwei Wochen Bildungsurlaub im Jahr. Die Dokumentation ist erhältlich: DGB-Jugend, 6 Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 669 - 77.



Lehrlinge ...

BBC Mannheim. Große Unruhe beim Werksschutz. Die Polizei wird alarmiert. Vor dem Werkstor werden Unterschriften gesammelt. Für innerbetriebliche Zulagen und Fahrgeldrückerstattung für Lehrlinge. Schnell sind 150 Unterschriften zusammen.

So teuer wurde das Leben für Jugendliche

Junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten sind von den Preissteigerungen besonders hart betroffen. Erstens haben sie sowieso weniger Geld, zweitens sind die Preissteigerungen gerade im „Jugend-Bereich“ besonders hoch.

Die Eintrittspreise für Kino und Sportveranstaltungen stiegen um 9,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Aufenthalt in Gaststätten verteuerte sich um 6,5 %, nichtalkoholische Getränke wurden um 7,3 % teurer, Tabakwaren um 19,4 %. Für

öffentliche Verkehrsmittel müssen die Lehrlinge und Schüler 7,8 % mehr berappen, für Wochenkarten bei der Bundesbahn 11,7 %. Der Friseur kostet 11 % mehr. Schuhe plus 10 %, Körperpflege plus 7,5 % ...

In den Betrieben werden Teuerungszulagen und vorfristige Kündigungen der Tarifverträge verlangt. Denn: nur aktive Lohnpolitik schützt Arbeiter und Angestellte vor dem schlimmsten Geschöpfwerden.

... machen ...

BASF Ludwigshafen. Die Chemiarbeiter stehen im Lohnkampf. Ihre Forderung: mindestens 12 Prozent. Lehrlinge und junge Arbeiter in vorderster Front. Nach dem Tarifabschluß von 10,2 Prozent Unzufriedenheit. Aber das Lohndiktat der Bosse ist gebrochen.



... Dampf!

Peine. 300 Lehrlinge und Schüler demonstrieren durch die Stadt. Sie fordern ein neues Berufsschulzentrum. Die Rathausparteien behaupten, es sei kein Geld da. Die jungen Leute sind der Meinung: Konzern-Profite beschneiden und Bildung statt Bomben.



1. Sieger der Profit-Olympiade: der Marburger Kaufhaus-König Ahrens. Mit dieser Aktion machte die SDAJ Marburg deutlich: Während Preise und Profite steigen, stehen die Einzelhandelsbeschäftigten an der letzten Stelle der Lohnskala.



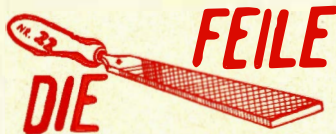
Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Der „Blaue“

Jeder kennt den „blauen Brief“, den Lehrlinge bei schlechten Leistungen von den Bossen erhalten. Die Redakteure der „Feile“, der Lehrlingszeitung für Krupp/Bochum, drehten den Spieß einmal um und schrieben den Bossen einen „Blauen“:

„Die Leistungen bzw. das Verhalten der führenden Herren im Ausbildungswesen sowie des

Vorstandes der Friedrich Krupp Hüttenwerke AG geben Anlaß zu Tadel. Es ist seit einiger Zeit festzustellen, daß der Werks-



Zahlung der Semestralen (deutscher Arbeiterjugend) (Sonderausgabe) SDAJ für Lehrlinge u. Jungarbeiter bei FKH

unterricht, der von uns Lehrlingen nötig gebraucht wird, in einigen Berufen um Stunden herabgesetzt wurde. Dieses Verhal-

ten kann von unserer Seite nur als: mangelhaft bis ungenügend gewertet werden.

Wir machen nochmals auf die Bestimmungen im Ausbildungsvertrag aufmerksam, die besagen, daß beide Seiten ihr möglichstes geben, damit das Ausbildungsziel erreicht werden kann.

Wir schließen mit der Hoffnung auf Ihre Unterstützung und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Die Betroffenen“

**Bayer und Krupp feuern
Jugendvertreter –
Solidarität bundesweit**

Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert!

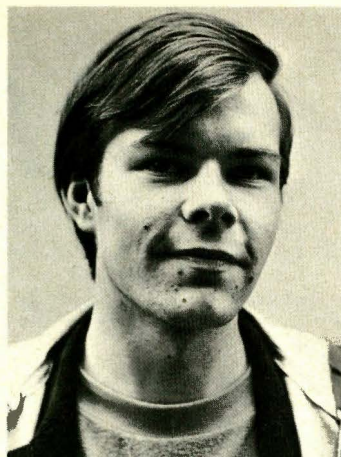
**In der Lehre ausgenutzt,
nach der Lehre weggeputzt**

Die Bosse haben sich gegen aktive Jugendvertreter, junge Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute verschworen. In den letzten Wochen und Monaten wurden in über 600 Fällen gewählte Interessenvertreter der arbeitenden Jugend von den Bossen aus den Betrieben gefeuert. Der Trick der Unternehmer ist genauso einfach wie rücksichtslos.

Sie verweigern Lehrlingen – die als gewählte Jugendvertreter und Betriebsräte konsequent auf Seiten ihrer Kollegen stehen – nach bestandener Prüfung einen Anstellungsvertrag und damit die Übernahme ins Arbeitsverhältnis. Daß sich die Unternehmer bei diesen Willkürakten hemmungslos über die Interessen der Arbeiterjugend hinwegsetzen, ist diesen Herren gleichgültig.

Es geht hier nicht um zufällige „Entgleisungen“ einzelner Unternehmer. Was sich hier abspielt, ist eine bundesweite gezielte Aktion des Kapitals, um die Gewerkschaften in ihrer Arbeit zu behindern und Interessenvertreter der arbeitenden Jugend und der ganzen Belegschaft mundtot zu machen. Zum Vorreiter machen sich die Großkonzerne. Allen voran Bayer und Krupp. Die Chemie- und Stahlgiganten wollen die Fahrrinne freipflügen, damit im Windschatten der Großen ein Rattenschwanz weiterer Kündigungen hinterhergezogen werden kann.

Dieser Unternehmerwillkür muß ein Riegel vorgeschoben werden! Im ganzen Bundesgebiet sind Aktionen und Solidaritätskampagnen angelaufen, um Arbeitervertreter zu schützen und raußchmißwütigen Bossen das Handwerk zu legen. Unter der Losung „Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert!“ hat die Gewerkschaftsjugend Aktivitäten gestartet.



„Gemäß § 8 des mit Ihnen abgeschlossenen Ausbildungsvertrages teilen wir Ihnen mit, daß wir Sie nicht in ein Anstellungsverhältnis übernehmen werden.“ Am 30. Mai erhielten zwölf Lehrlinge von Bayer-Leverkusen dieses lakonische Schreiben „mit freundlichem Gruß“.

Unter den Zwölf, denen die Bayer-Bosse den Anstellungsvertrag verweigern, sind aktive Gewerkschafter, Vertrauensleute und Jugendvertreter. Die Herren der Personalabteilung, Dr. Neumann und Wollenberg, erklärten bei der Aushändigung der Entlassungsbriefe der Lehrlinge, der Jugendvertreter Norbert Boeker habe sich „durch seine Öffentlichkeitsarbeit unmöglich gemacht“. Dem Jugendvertrauensmann Georg Allroggen wurde erklärt, er habe sich „den Aktionen von Boeker angeschlossen und zum Beispiel bei einer Abteilungsversammlung auch polemisiert.“

Erst im März hatte Norbert Boeker auf einer Jugendver-

sammlung die Machenschaften des Bayer-Konzerns angeklagt. 1970 war es ein kritischer Lehrling, der flog. 1971 schon 14. Und 1972 wurden zehn Mann gefeuert, die im Jahr zuvor in der Lohnbewegung aktiv ihren Mann standen. Norbert auf dieser Jugendversammlung: „Ich habe eine Frage an den Vertreter der Werksleitung. Herr Behnisch, haben Sie sich eigentlich schon Gedanken gemacht, wen von uns Sie dieses Jahr nach der Tarifrunde rauschmeißen wollen?“

Sofort nach Bekanntwerden des neuen Bayer-Willkürakts lief die Solidarität an. Innerhalb weniger Stunden erhielt die Jugendvertretung über dreißig Solidaritätsschreiben. Jusos, Naturfreundejugend, SDAJ, IJK, SMV und junge Gewerkschafter gründeten ein Solidaritäts-Komitee, das Informationsstände und weitere Aktionen durchführen wird.

Immer lauter werden die Forderungen: Die gemäßregelten Lehrlinge müssen eingestellt werden, die gewählten Sprecher und Vertrauensleute müssen ihr demokratisches Mandat ausüben können. Ein wirksames Mittel ist das NEIN des Betriebsrates zu jeder weiteren Neueinstellung, solange bis alle gefeuerten Kollegen einen Anstellungsvertrag haben. Klaus-Jürgen Eichhorst, Vorsitzender der Bayer-Gesamtjugendvertretung zum elan: „Durch Betriebsvereinbarungen sowie durch eine klare gesetzliche Regelung müssen wirklicher Kündigungsschutz und Wehrdienstbefreiung für Jugendvertreter und darüber hinaus Weiterbeschäftigungsgarantie für alle Lehrlinge verankert werden.“



Solidaritätsaktion in Marburg: Symbolisch wird ein Jugendvertreter „eingengel“, um ihn vor dem Zugriff der Bosse zu schützen.

„Ich kann nicht verstehen, daß die Pferde der Linsenhoff in ihrem Reitstall eine Klimaanlage haben und die Arbeiter in der Galvanik und in der Zifferblattdruckerei haben keine.“ Diese Äußerung brachte der Jugendvertreterin Bianca Pilder in der Linsenhoff-Firma VDO Adolf Schindling GmbH die Kündigung.

Solidarität der Naturfreundejugend: „Die 13. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend erklärt sich mit allen gemäßregelten jungen Kollegen solidarisch und fordert deren Weiterbeschäftigung.“

Solidarität der Falken: „Die 14. Bundesjugendkonferenz der Falken verurteilt aufs schärfste den unternehmerischen Willkürakt, der Leverkusen mit Rausschmiß maßregelte. Uns gilt die solidarische Unterstützung beim Kampf gegen diese Disziplinierungsmaßnahme als Auftrag im Kampf um die Rechte der arbeitenden Jugend.“

Die Firma Fotoheinz in Gelsenkirchen hat den angehenden Fotografen Petra Anton mitgeteilt, daß ihr nach Abschluß ihrer Lehre kein Arbeitsverhältnis angeboten werde. Begründung: „Aggressives Verhalten der Gewerkschaftsjugendfunktionärin gegenüber den Ausbildungs- und Ausbilderleitern.“

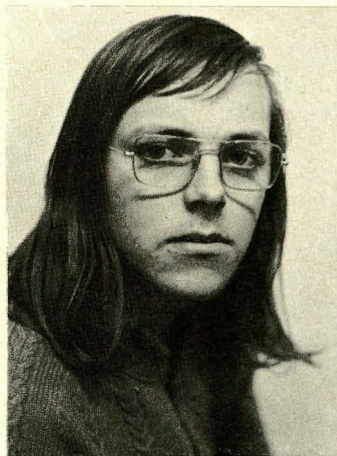
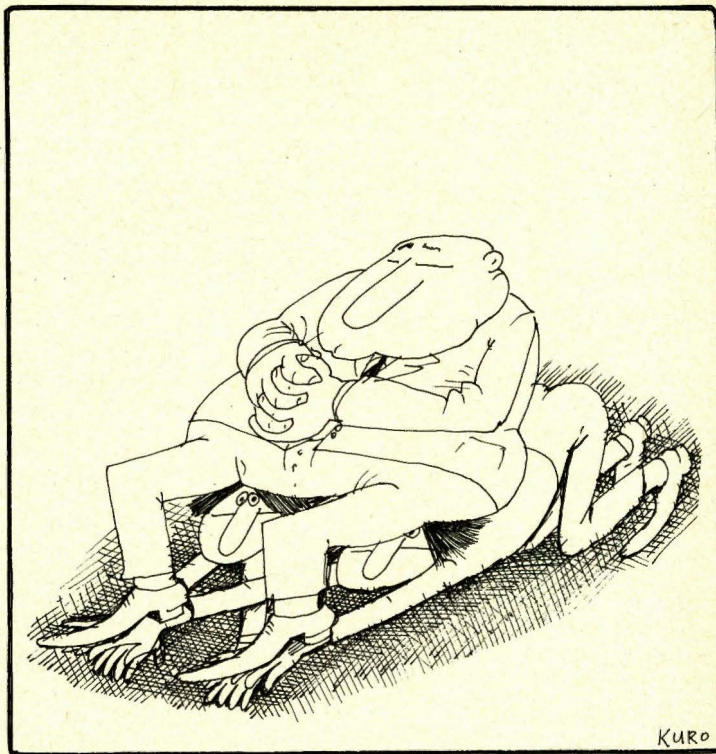
Solidarität der DGB-Jugend: Die Gewerkschaftsjugend fordert in einem Brief an die Bundesregierung eine sofortige gesetzliche Regelung für einen absoluten Kündigungsschutz für Jugendvertreter und Betriebsratsmitglieder auch über die Ausbildungszeit hinaus. Die Gewerkschaftsjugend wählt die Aktion „Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert!“ die Öffentlichkeit auf diese Unternehmerwillkür aufmerksam machen.

Solidarität der SDAJ: „Dieser Terror ist von den Unternehmervereinigungen organisiert. Um damit endlich Schluß zu machen, fordert unser Verband absoluten Kündigungsschutz für alle Jugendvertreter auch zum Lehrende. Wir unterstützen die Bemühungen der Gewerkschaften, diesen Schutz auch tarifvertraglich und in Betriebsvereinbarungen festzulegen.“

Nach dem Streik in der Druckindustrie erhielt der Vorsitzende der Jugendvertretung der Münchner Großdruckerei Thiemig, Peter Rusch, den blauen Brief. Er soll nicht vom Lehr- ins Arbeitsverhältnis übernommen werden. Ebenso erging es Reinhard Neumann, Jugendvertreter in der Süddeutschen Klischee-Union.

Streik bei der Firma John Deere in Mannheim. Die Firmenleitung hetzt Rollkommandos des Werksschutzes gegen die Streikenden. „Rädelführer“ – aktive Gewerkschafter – werden vom Werksgeleite entfernt. Die Geschäftsleitung veröffentlicht eine vorläufige Liste von fristlos zu entlassenden Kollegen, darunter Vertrauensleute und Jugendvertreter.

Die Chemie-Firma Merck in Darmstadt will zehn Lehrlinge nach ihrem Lehrabschluß nicht ins Arbeitsverhältnis übernehmen, darunter ein Jugendvertreter. Während des Lohnkampfes 1971 hatten sich die Betroffenen aktiv an den Tarifkämpfen beteiligt.



Volker Einhorn ist Vorsitzender der Jugendvertretung der Seebeck-Werft in Bremerhaven und der Gesamtjugendvertretung der AG „Weser“. Genauer gesagt – er war es. Die Krupp-Bosse, denen die Werft gehört, kündigten dem aktiven Gewerkschafter am 21. Mai fristlos. Als Begründung gaben sie vor: „Zur Wiederherstellung des von Ihnen gestörten Betriebsfriedens“.

In Wirklichkeit handelt es sich hier um einen Racheakt der Krupp-Manager. Das war geschehen: Im April hatten sieben Lehrlinge einen ihrer Kollegen in auch für Verhältnisse rauher Weise in die Mangel genommen. Der Betriebsrat wollte deshalb die Sieben, die im Juni auslernen, nicht länger im Betrieb sehen. Volker Einhorn wandte sich dagegen. Er be-

dauerte zwar das Verhalten der Sieben, sah aber die Kündigung als unangemessene Strafe an. Die Jugendvertretung beantragte daher beim Betriebsrat die Durchführung einer Jugendversammlung. Gleichzeitig bemühte sich Volker, mit dem jungen Kollegen, der das Opfer einer an sich harmlosen Alberei war, die Sachlage aufzuklären, um den Vorwurf der „Mißhandlung“ aus der Welt zu schaffen. Das werteten die Krupp-Bosse als „Einschüchterungsversuch“ und als „Störung des Betriebsfriedens“. Seit langem ist ihnen der aktive Jugendvertreter Volker Einhorn unbehaglich. Bei der letzten Jugendvertreterwahl erhielt er 91 Prozent der Stimmen. Seine Kollegen wählten ihn in zahlreiche Funktionen der IG Metall.

„Offensichtlich ist mein aktiver gewerkschaftlicher Einsatz und mein ständiges Bemühen, die Lage unserer jungen Kollegen zu verbessern, der Unternehmensleitung ein Dorn im Auge“, schrieb Volker an den IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer.

Als die Lehrlinge der Seebeck-Werft von Volkers Entlassung hörten, legten sie sofort für 90 Minuten die Arbeit nieder, demonstrierten durch den Betrieb und forderten die Wiedereinstellung ihres Jugendvertreters. Inzwischen ist Volker bei mehreren anderen Werften bei der Arbeitssuche abgelehnt worden. Gegen dieses praktische Berufsverbot für Jugendvertreter hilft nur Solidarität!

Der Rote Kuckuck in Aktion

ZACK!

Wolfsburg: Roter Kuckuck auf italienisch

„Cuculo Rosso“. Was ist denn das? Richtig geraten. So heißt der Rote Kuckuck auf italienisch. Die ausländischen Kollegen im Wolfsburger Volkswagenwerk haben sich das Pfandsiegel der Arbeiterjugend auf diese Art und Weise „mundgerecht“ gemacht. Und bekannt ist er bei ihnen, der Cuculo Rosso von elan.

Zuerst tauchte er in der Wohnsiedlung der ausländischen Kollegen, in Wolfsburg-Käsdorf, auf. Jahrelang waren sie in miesen Baracken untergebracht, bis der VW-Konzern „neue, schöne Wohnungen“ baute. Eine feine Sache, dachten die Kollegen. Auf jeden Fall besser als die alten Bruchbuden. Aber dann wollte doch keiner von ihnen in die Käsdorfer Siedlung ziehen. Es stellte sich nämlich heraus, daß dort die Mieten viel höher und die Wohnverhältnisse nicht viel besser sind.

Jetzt kam das Gesundheitsamt und erklärte die Baracken für unbewohnbar. Also raus mit den Kollegen und rein in die neuen, teuren Wohnungen. Eine 90-Quadratmeter-Wohnung kostet 500 DM. In solch einer Wohnung wohnen acht bis neun Kollegen. Besucher dürfen nur im „Wartezimmer“ empfangen werden und das auch nur bis 22 Uhr.

Ausländische Kollegen, die vom VW-Konzern gekündigt werden, müssen laut Mietvertrag noch am selben Tag die Wohnung räumen. Wollen sie jetzt eine neue Arbeitsstelle finden, müssen sie eine Wohnung nachweisen. Keine Wohnung, keine Arbeit. Keine Arbeit, keine Aufenthaltsgenehmigung. Sie müssen die Bundesrepublik verlassen.

Mit der Aktion Roter Kuckuck – oder wie es die italienischen Kollegen sagen: „Azione Cuculo Rosso“ – prangerte die Wolfsburger SDAJ diese Praktiken des VW-Konzerns an. Die ausländischen Kollegen waren begeistert. Schnell hatten sie das Flugblatt ins Italienische übersetzt und eine gemeinsame Aussprache über weitere Aktionen schloß sich an. Solidarität mit den ausländischen Kollegen gegen die VW-Bosse – das wird jetzt in Wolfsburg groß geschrieben.



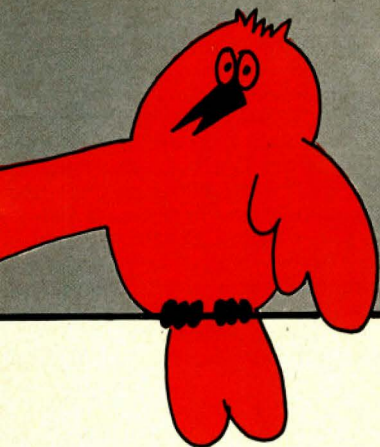
Remscheid: Gegen Mini-Springer

Der Remscheider General-Anzeiger bekam den Roten Kuckuck verpaßt. Systematisch verschweigt diese Tageszeitung die Aktivitäten demokratischer Jugendverbände. Presseerklärungen von der SDAJ und den Falken landen gleich im Papierkorb. Anstaltungen dieser Gruppen werden von den Redakteuren gemieden. Einer von ihnen gab als Grund an: „Es kommen grundsätzlich keine Artikel über Falken und SDAJ, weil der Besitzer Ziegler was gegen die beiden Gruppen hat.“ Doch das ist noch nicht alles. Mit Falschmeldungen versuchte Ziegler-Springer verschiedene Jugendgruppen auseinanderzudividieren. Doch sie ließen sich nicht täuschen. Jetzt klebt der Rote Kuckuck an Zieglers Verlagshaus.

Marburg: Demokratie in die Bundeswehr!

Oberstleutnant Carstens ist Bataillonskommandeur in Marburg. Zu seinen Sternchen und Orden bekam er den Roten Kuckuck angeheftet. In seinem Bataillon wurde der Vertrauensmann Otto Wagner seiner Funktion enthoben, weil er konsequent für die Interessen seiner Kameraden eintrat. Der Vertrauensmann Fritz Hofmann wurde in





An der Aktion Roter Kuckuck kann jeder teilnehmen. Damit alles gebrandmarkt wird, was fortschrittlicher Ausbildung, friedlicher Entwicklung und den Grundrechten der Jugend im Wege steht. Bei elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16, kann man Kuckuck-Selbstkleber

bestellen. Kostenlos. Schreibt und unbedingt, wo ihr Kuckuck-Aktionen macht und welchen Mißstand ihr im Visier habt. Damit ihr eure Kosten decken könnt, überweisen wir für jeden von uns veröffentlichten Aktionsbericht mit Foto als Kostenerstattung DM 10,—.

eine Ausbildungskompanie abgeschoben. In einer anderen Kompanie gibt es seit März keinen Vertrauensmann mehr, weil dieser entlassen wurde und die Wahl eines neuen bis jetzt noch nicht erfolgt ist. Stellvertretend für die Verantwortlichen solcher undemokratischer Praktiken bekam Oberstleutnant Carstens nun den Roten Kuckuck.

Pinneberg: Bessere Ausbildung

Jusos, junge Gewerkschafter und SDAJler tauchten am Werkstor der ILO in Pinneberg auf. Sie interviewten Lehrlinge dieses Metallbetriebes. Und da kam einiges ans Tageslicht. Es reichte dazu, den ILO-Herren den Kuckuck ans Werkstor zu kleben. Die Forderungen: Auszubildende Gesellen müssen von der Akkordarbeit freigestellt werden. Interne Zeugnisse und Beurteilungen sind hinfällig, da eine Leistungsbeurteilung nur durch die offizielle Zwischenprüfung geschehen darf. Volle Erstattung der Fahrtkosten. Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen. Übrigens: Bald klebte der Rote Kuckuck auch an veralteten Maschinen im Betrieb.



Münster: Für die Rechte der Studenten

6 000 Studenten streikten und demonstrierten durch das kleine Universitätsstädtchen am Rande des Ruhrgebiets. Die Hauptlosung: „Arbeiter, Schüler, Lehrlinge, Studenten, gemeinsam für ein demokratisches Bildungswesen.“ Konkreter Anlaß war der Kampf für eine undemokratische Universitätsverfassung. Mit einem Satzungsentwurf aus CDU-Richtung versucht die Reaktion, die letzten Rechte der Studenten zu beschneiden. Mit der Aktion Roter Kuckuck wurde der reaktionäre Satzungsentwurf symbolisch beschlagnahmt.

Hamburg: Entgiftet die Schulen

Aktion Roter Kuckuck in Hamburger Schulen. Schüler der Hansa- und der Luisenschule stöberten einmal in den Kartenräumen. Sie fanden „Politschocker im Gruselkabinett von Strauß“. Die Sowjetunion wird den Schülern als „Rußland“ nahegebracht, Polen wird als „Deutsches Ostgebiet“ eingemeindet und hinter der Bezeichnung „SBZ“ kann man die DDR vermuten. Ähnlich sieht es in den von den Schülern benutzten Atlanten (Diercke) aus. Weil solche Lehrmittel im krassen Widerspruch zu den Verträgen von Moskau, Warschau und Berlin stehen, weil vor allem die Schulen von entspannungsfeindlichem Material entgiftet werden müssen, fordern die Schüler: Weg mit den braunen Karten! Mit dem Roten Kuckuck wurden sie symbolisch gepfändet.

Mettmann: Gegen Unternehmerwillkür

„Die Firma Wolters ist gepfändet!“ Der Rote Kuckuck prangerte die Willkürmethoden des Fabrikherren Peter Wolters an. Der hatte scharf kalkuliert. Er will seine ganze Firma nach Rendsburg („Zonenrandbezirk“) verlegen, wo er mehr und billigere Arbeitskräfte erwartet. Was wird aus den fünfzehn Lehrlingen, wenn im Frühjahr 1974 Wolters die Tore in Mettmann schließt? Ihre Lehre ist gefährdet. Weil Wolters die Proteste der Belegschaft fürchtete, verschwieg er seine Pläne – entgegen den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes – bis zum letzten Moment. Jetzt sind Aktionen angelaufen!



Hagen: Ab ins Museum

In der Lehrwerkstatt der Hoesch Rothe Erde – Schmiedag AG in Hagen klebt der Rote Kuckuck. Die Lehrmaschinen sind Asbach-uralt. An einigen hat man schamhaft den Pleitegeier mit dem Hakenkreuz ausgefeilt. Die Hagener SDAJ pfändete die „alten Schätzchen“ für das neue Hagener Freilichtmuseum: „Nur dort können die alten Dinger noch einen Zweck erfüllen.“ Die Lehrlinge brauchen neuwertige und moderne Maschinen zum Lernen!





Jetzt habe ich es doch noch geschafft! Zwischen Tourneereisen und Schallplattenaufnahmen sitze ich ihm im Amiga-Studio gegenüber. Und stelle fest: in Natura wirkt er genauso sympathisch wie auf den strahlenden Autogrammfotos. Als ich hereinkam, hörte er gerade seinen neuen Titel „Wer die Erde liebt“ ab. Von wem hier die Rede ist? Von Frank Schöbel, Schlagerstar Nr. 1 in der DDR. Auch in der BRD bekannt geworden mit dem Hit „Wie ein Stern in einer Sommernacht“, mit dem er in der ARD-Schlagerparade auftrat. Aber jetzt soll es mit der Vorrede genug sein. Wollen lieber mal hören, was Frank Schöbel den elan-Lesern zu sagen hat.

elan: Frank, wie wird man in der DDR ein Star?

Frank Schöbel verzieht etwas das Gesicht. Also Star, na ja, dieses Wort bürgert sich jetzt auch in der DDR mehr und mehr ein. Ich würde sagen: die Leute machen einen zum Star. Das kann über Nacht mit einem guten Titel kommen und über Nacht wieder vorbei sein, wenn nichts dahinter steckt. (Bei Frank muß was dahinter stecken, denn er hält sich bereits seit acht-einhalb Jahren.)

elan: Wie wird man in der DDR überhaupt Schlagersänger und was passiert, wenn es nicht klappt?

Frank: Voraussetzung für jeden Schlagersänger ist, daß er einen richtigen Beruf hat, in den er jederzeit wieder zurückgehen kann. Ich bin z.B. gelernter Mechaniker. Bei den meisten beginnt es als Hobby – sie singen im Jugendclub auf Veranstaltungen, sie kommen aus der Bewegung „Junge Talente“, einige kommen aus den Singclubs. Aber ich meine, daß das so et-was wie ein Rückschritt ist, denn als Schlagersänger singt man doch im allgemeinen weniger anspruchsvolle Texte. Weitere Ausbildung: es gibt in der DDR ein Studio für Unterhaltungskunst, in dem Nachwuchssänger ausgebildet werden. Dort erhält man nach einer Prüfung die Lizenz als hauptberuflicher Schlagersänger. Grundausbildung wie in der Armee: die Grundbegriffe werden einem da eingepaukt, aber das Wichtigste ist dann die Bewährung vor dem Publikum. Da muß man seine Erfahrungen sammeln und ständig weiterlernen. Wichtig für die Nachwuchssänger sind die nationalen und internationalen Leistungsvergleiche. Der letzte Leistungsvergleich der sozialistischen Länder war vor kurzem in Gottwaldow in der CSSR.

Und so wurde Frank Schöbel Schlagerstar: Schon mit sieben Jahren besuchte er die Volksmusikschule in Leipzig, probte ein Dreivierteljahr im Vorbereitungslehrgang für den Thomanerchor, spielte in einer Band Gitarre und sang in Rentnerheimen. Während er seinen Dienst bei der Nationalen Volksarmee ableistete, sang er im Armee-Ensemble „Erich Weinert“ Schlager. Und damit die ganze Entwicklung nicht so glatt und eintönig wird: Frank fällt beim ersten Mal durch die Prüfung beim „Zentralen Studio für Unterhaltungskunst“. Beim zweiten Anlauf schaffte er es dann – klar, sonst säßen wir uns heute nicht gegenüber. „Meiner Mutter verdanke ich eigentlich am meisten. Sie ist Gesangslehrerin in Leipzig.“ Aber jetzt auf zur nächsten Frage.

elan: Frank, du bist bereits in der BRD, in Japan und anderen westlichen Ländern aufgetreten. Gibt es einen Unterschied zwischen westlichen und östlichen Schlagern und den Stars?

Frank: Unterschied zwischen West- und Ostschnulze? Wenn man Takt für Takt durchgeht, wird man sicher direkt keinen Unterschied finden. Aber ich meine, daß wir – wenn man die Masse der Schlager betrachtet – im ganzen anspruchsvollere Texte haben. Wir bemühen uns, mit den Leuten in Kontakt zu kommen, gehen in Clubs und fragen nach, welche Titel gefallen und welche nicht. Wir wollen den Leuten eben nicht einfach was vorsezen, sondern Hand in Hand mit ihnen arbeiten, auf Vorschläge reagieren. Dazu muß ich noch

Zu Besuch bei Frank Schöbel

STAR SEIN IN DER DDR

Von Ruth Sauerwein

sagen, daß bei uns im Monat ungefähr zwanzig neue Titel herauskommen, während es in der BRD fast 200 sind. Wenn da mehr Hits dabei sind – kein Wunder. Wir müssen unsere Mittel so einsetzen, wie wir sie haben, und dabei sind Schlager nicht die Wichtigste.

● die Stars anbetrifft – ich würde lieber sagen: das Verhältnis Sänger – Publikum. Also, im allgemeinen verhimmeln einen die Leute nicht – obwohl es das auch gibt –, sondern das ist meist ein kumpelhaftes Verhältnis. Es ist mir schon oft passiert, daß mir nach dem Konzert einer auf die Schulter klopfte und sagt: „Hast du gut gemacht!“ Das finde ich duftete.

Ich finde, ich bin hier viel unabhängiger als irgend ein Star im Westen, der von seinen Managern aufgebaut und verkauft wird. Auf meiner neuen LP, die wir hier gerade aufnehmen, sind drei Titel, die ich im Westen bestimmt nicht hätte aufnehmen können, weil sie nicht meinem üblichen Stil entsprechen und nicht „hit“-verdächtig sind. Ich habe die Titel der LP selbst zusammengestellt und dann hier mit Amiga abgesprochen.

elan: Frank, wie ist das hier denn überhaupt mit Managern?

Frank: Bisher hatten wir gar keine. Die Sänger machten alles selber. Aber da ist auch nicht das Wahre. Jetzt soll es so etwas geben, aber die sollen uns nur den organisatorischen Kram vom Halse halten.

elan: Wie lebt ein Star in der DDR?

Frank: Also in der Westpresse, im „Stern“ usw., haben sie großen Wind gemacht mit

„500 Mark für 500 000 Platten“ (wenn man 20 Prozent Steuern abzieht, sind es sogar nur 400 Mark) und ähnlichem Unsinn. Natürlich kann man auch bei uns eine ganze Menge Geld beim Schlagersingen verdienen. Aber der Staat hat da eine Grenze nach oben hin gesetzt, was ich ganz in Ordnung finde. Das Geld verdient man bei uns durch Auftritte und Konzerte. Dadurch hält man den Kontakt zum Publikum. Es hat allerdings auch eine böse Seite: durch die vielen Auftritte haben manche Leute keine Zeit mehr, weiterzulernen, ihre Stilmittel zu erweitern und so.

Und wie sieht der Lebensstil von Frank Schöbel aus? Er ist verheiratet mit der Schlagersängerin Chris Doerk und hat einen Sohn. Ansonsten: Dreizimmerwohnung und ein Trabant. Keine 20-Zimmer-Villa vor den Toren Berlins, keine Sommerresidenz am Schwarzen Meer, keine Sportwagen-Flottille, wie man nach Bravo-Lektüren von einem Star wohl erwarten kann? Nein. „Ich glaube, das würde mich von meinem Publikum zu sehr trennen. Was hätte ich dann noch mit denen gemeinsam? Würde mir dann noch nach dem Auftritt jemand auf die Schulter klopfen? Ich sehe das so: meine Arbeit ist das Singen, wie andere Bauarbeiter oder Ingenieure oder Lehrer sind. Ich erfülle meine gesellschaftliche Aufgabe, indem ich die Leute unterhalte, ihnen leichte Kost serviere.“

elan: Du bist Mitglied des Nationalen Festival-Komitees in der DDR. Was ist da deine Aufgabe?

Frank: Na, was habe ich bisher getan? Ich bin umsonst aufgetreten. Habe Plakate ver-

kauft und ähnliches. Der Erlös geht auf den Weltsolidaritätsfonds. Ein Festival habe ich gemacht. Im künstlerischen Rat mache ich mit bei den Besprechungen für das nationale Kulturprogramm zum Festival. Hoffentlich kommt was Duftes dabei raus. Die LP, die ich hier aufnehmen, soll auch zum Festival herauskommen. Na, und ich selbst werde natürlich auch dabei sein. elan: Jetzt ist ja Schlagersingen keine lebenslängliche Angelegenheit. Frank, was machst du, wenn du keine Schlager mehr singst?

Frank: Ich habe mich nie nur auf's Schlagersingen beschränkt. Ich komponiere auch (bisher 75 bis 80 Titel). Ich habe beim Fernsehen als Moderator gearbeitet in „Franks Beatkiste“. Die habe ich leider aus Zeitgründen aufgeben müssen. Ich habe in fünf Filmen mitgemacht und ein weiterer ist in Aussicht. Ich könnte auch als Musikredakteur arbeiten oder mich um den Nachwuchs kümmern, was sehr wichtig ist. Also, um die Zukunft brauche ich mir keine Sorgen zu machen, auch wenn ich keine Schlager mehr singe.

elan: Frank, bis jetzt haben wir uns nur über das Singen unterhalten. Hast du denn sonst noch Hobbys?

Frank: Aber klar! Fußball ist mein großes Hobby. Nicht nur als Zuschauer. Ich spiele selbst bei Dynamo Friedrichshain, soweit ich dazu Zeit habe.

Frank Schöbel schaut auf die Uhr. Da ist nichts zu machen. Morgen geht es auf Tournee, und da hat er noch einiges zu erledigen. Bleibt nur noch ein herzliches Dankeschön und bis auf weiteres toi, toi!



Herzliche Grüße
an die Leser von
Elan
Frank Schöbel

Der Kampf um und gegen den Paragraphen 218 kommt in die heiße Phase. Dem Bundestag liegen vier Gesetzentwürfe zu seiner Reform vor. Sie reichen von der Forderung, ihn fast unverändert zu erhalten, bis zur Fristenlösung, also der erlaubten Schwangerschaftsunterbrechung bis zum dritten Monat. Die Entscheidung wird wohl zwischen dieser Lösung und der Indikation in verschiedenen Fällen getroffen. Von einer Abschaffung des Paragraphen 218 ist nicht die Rede. So weit traut sich keiner auf dem Bonner Parkett vor.

Paragraph

218

Sich beugen und zeugen?

Von Pfarrer Horst Stuckmann

Doch selbst der Schritt zur Fristenlösung ist noch längst nicht getan. Auf diesen Weg ist nur die FDP festgelegt. Bei der SPD wollen immerhin 27 Abgeordnete nicht mitgehen. Sie halten's mehr mit der CDU. Und die bläst zum Sturm gegen jede notwenige und sinnvolle Reform.

Dabei findet sie ihre Fußtruppen in der katholischen Kirche. Kardinäle und Bischöfe trommeln das Kirchenvolk auf die Straße und lassen Nonnen aufmarschieren. Für sie gerät das ganze Staatsgebäude ins Wanken, sollte der Paragraph 218 verändert werden. So spricht Kardinal Jaeger von einem „ganz entscheidenden Einbruch in die Rechtsordnung und das Rechtsbewußtsein unseres Volkes“. Der Bannstrahl droht: wer Abtreibung erlauben will, ist ein Rechtsbrecher. Ein Staat, in dem nicht mehr Gebärzwang herrscht, ist ein Unrechtsstaat. So erfaßt auch nach dieser Logik den Münsteraner Bischof Tenhumberg Kollektivschar „für unser Volk, das solches bei uns geplant werden kann“. Und schließlich geht die Bundesrepublik nach Kölns Kardinal Höffner finsterem Terror entgegen. Denn die Abtreibung, ließ er sich vernehmen, ist keine „Befreiung, sondern eine der brutalsten Formen der Herrschaft des Menschen über den Menschen“.

So und ähnlich tönt es von Telgte bis Fulda. Die katholische Kirche und mit ihr im Bunde die CDU schwingen sich zu Hütern des Lebens, des ungeborenen Lebens, auf. Nur merkwürdig: wo waren die Herren Kardinäle und Bischöfe bei Demonstrationen gegen Remilitarisierung und Atombewaffung? Da ging es doch



nun wirklich um Leben und Tod. Diese Frage stellen, läßt sofort alles Reden gegen den Schwangerschaftsabbruch als Heuchelei erkennen. Die Leibesfrucht wird heilig gesprochen, der lebende Mensch dagegen unter der Knute von Verboten und Strafen gehalten und in einer Gesellschaftsordnung, die ihm viele Chancen zur Entfaltung verweigert, allein gelassen. Es sind doch nur hohle Phrasen, zu verlangen, die Gesellschaft müsse den Frauen helfen, ihre Kinder auszutragen und nicht abzutöten. Phrasen ändern eine Gesellschaft nicht, die auf Profit gebaut ist. Da zählt der Mensch erst, wenn er käufliche Arbeitskraft geworden ist, aber noch nicht als Kind. Darum fehlen Kinderkrippen und -gärten, Kinderspielplätze und preiswerte Erholungsstätten für Kinder. Und das staatlich gezahlte Kindergeld ist nur der Tropfen auf den heißen Stein. Kinder sind noch immer eine finanzielle und soziale Belastung, gerade in Arbeiterfamilien, und nicht das „freudige Ereignis“ allein. Nach dem Willen der Reformgegner soll sich daran nichts ändern.

Welches Interesse eigentlich leitet sie? Sie geben vor, im Namen der Menschlichkeit zu sprechen. Aber die Ergebnisse ihrer Reden sind nur unmenschlich, wie sie es immer waren. Sie haben vielen unter Zwang geborenen Kindern, die höchstens als Kanonenfutter höheren Ortes willkommen waren, ein freudloses Dasein beschert. Sie haben Frauen Kurpfuschern in die Arme und damit nicht selten in Leid und Tod getrieben. Und das im Zeichen der Menschlichkeit: perverser geht es nicht. Doch Moral war ohnehin nicht im Spiel, sehr wohl aber Herrschaftsausübung.

Mit dem Paragraphen 218 konnte und kann man Menschen unter Druck setzen und ihnen Angst einjagen. Mann und Frau können unter seinen Bedingungen kein sinnvolles, nur ein ungleiches Verhältnis in ihren Beziehungen zueinander finden. Die gesellschaftlichen Herrschaftszwänge werden in den Intimbereich erweitert. Ein von der Frau nicht gewünschtes Kind unterwirft sie, emotional und sozial, dem Mann. Sie wird an ihn gebunden. Das Kind läßt sie nicht frei.

Dagegen kann die Fristenlösung der Frau einen größeren Freiheitsraum verschaffen. Sie wird nicht mehr so sehr physisch Mann und Kind unterworfen. Sie kann ihr eigenes Leben freier gestalten. Sie kann ihren Platz in der Gesellschaft stärker als bisher mitbestimmen. Die Fristenlösung kann mithelfen, die Gleichberechtigung der Frau vom Papier des Grundgesetzes in die Realität zu übersetzen. Zugleich werden Mann und Frau einander näher geführt im Erkennen ihrer gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse. Die Schranke des Abtreibungsverbotes verhindert das bisher: sie bringt Menschen aus- und gegeneinander, wo sie demselben Zwang der Herrschenden unterliegen. Es ist verständlich, daß die reaktionären Kräfte diesen Zustand erhalten wollen. Um so ungestörter können sie ihre Herrschaft bewahren. So ist der Kampf gegen den Paragraphen 218 immer auch ein Kampf um die Befreiung des Menschen.

Nicht anders hat es die Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik verstanden. So hieß es 1931 in einem Zeitschriftenartikel: „Vergessen wir nicht, daß dieser Kampf gegen den Paragraphen 218 nur ein Teil des



Kinder sind nicht allein „freudiges Ereignis“

Kampfes für die proletarische Revolution ist. Ein Sieg über den § 218 bedeutet einen Einbruch in die bürgerliche Front, und das Ziel ist der Sieg auf der ganzen Front“ (nach „vorwärts und nicht vergessen“, rororo 6805, S. 165). Sie wußte, daß dieser Paragraph ihre Abhängigkeit und Armut nur vergrößerte. Ihr Kampf gegen ihn zielte auf eine Gesellschaft ohne Furcht und Armut. Auch heute noch ist der Paragraph 218 im wesentlichen für die Arbeiter eine Bedrohung. Wer das Geld hat, kann trotz

des offiziellen Verbotes eine Schwangerschaft unterbrechen lassen. Findet er in der Bundesrepublik keinen Arzt, kann er sich nach England in eine Luxusklinik begeben. Den Reichen ist hierzulande eben alles möglich. Die Fristenlösung würde dagegen wenigstens etwas mehr Gleichheit schaffen. Die Arbeiterbewegung weiß, daß ihr nichts geschenkt wird. Noch ist jede einzelne Verbesserung ihrer Lage hart erkämpft worden. So verschwindet auch der Paragraph 218 nicht von selbst. Der Druck von unten muß hinzukommen, soll eine Reform den Interessen der Bevölkerungsmehrheit dienen. Und die Mehrheit der direkt Betroffenen, der Frauen, strebt eine solche Reform an. Nach jüngsten Umfragen setzen sich 73 Prozent der Frauen für die Fristenlösung ein.

Aber ihr Wille schafft noch kein ihnen freundliches Gesetz und noch lange keine menschenfreundlichen Verhältnisse. Selbst wenn der Paragraph 218 verändert wird, ist noch mit reaktionärem Widerstand zu rechnen. Schon droht der Klerus, daß sich katholische Schwestern nicht an einer Schwangerschaftsunterbrechung beteiligen dürfen. Man will also selbst beschlossene Regelungen unwirksam machen.

Und noch eines darf für den künftigen Kampf nicht vergessen werden: Teile der Großindustrie bejahen die Fristenlösung, wohl kaum aus menschlichen Gründen. Sie brauchen das noch nicht ausgeschöpfte Arbeitsreservoir der Frauen, und sie wollen es störungsfrei, ohne Ausfall durch Geburten, einsetzen können. So wird die Befreiung der Frau erst volle Realität in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung.



Wie Herr Burschelmann Berufsberater war

Ottokar Domma

elan KURZGESCHICHTE

Eines Tages hieß es, zu uns kommt ein Berufsberater, damit wir endlich einmal erfahren, welche Berufe wir später erlernen können, und der Herr Burschelmann als Klassenleiter soll sich schon darauf einstellen. Der Herr Burschelmann knurrte zum Herrn Direktor Keiler: „Auch das noch!“ Und er wollte wissen, was er noch alles machen soll, vielleicht ist er als Klassenleiter auch für die kommenden Mütterberatungen verantwortlich.

Der Herr Keiler meinte: „Immer hast du was zu brummen“, und er ließ ihn auf dem Flur stehen, weil er weiß, der Herr Burschelmann wird sich in diese Aufgabe auch noch hineinbrummen. So kam es, daß der Herr Burschelmann uns in der nächsten Stunde zurief: „Am Dienstag kommt ein Berufsberater, um mit euch zu reden, was aus euch Schlawinern einmal werden kann. Wenn ihr in Mathematik so weitermacht, taugt ihr gut zum Schienenkratzen und Jauchepumpen, und auch dazu muß man einen neben euch stellen, der eure zwei linken Hände dirigiert.“ Damit ließ er uns setzen, und er befahl: „Hefte auf, Bücher zu, Ottokar kriegt gleich einen Maulkorb, und der lange Schücht kommt an die Tafel, aber ein bißchen dalli! Was hatten wir das letzte Mal?“

Der lange Schücht wußte natürlich nichts mehr, was wir das letzte Mal hatten, aber der Herr Burschelmann brachte ihn ganz schnell wieder in Schwung.

Danach mußte die Bärbel Patzig zur Tafel. Sie war ganz aufgeregt und zittrig und zeigte vorne gleich ihre Hausaufgaben vor. Aber der Herr Gott Burschelmann schaute sie gar nicht an und meinte, daß sie richtig sind, weiß er auch so. Ihn interessiert viel mehr, wie die Bärbel mit dieser Aufgabe fertig wird. Und er gab ihr einen Zettel. Als Ansporn sagte er: „Ich hab sie selbst nicht geschafft, aber manchmal sind ja die Eier klüger als die Hennen.“ Die Bärbel versuchte es mit rotem Kopf, und uns gab er auch einen Aufgabenzettel. Abschreiben war nicht, denn der Herr Burschelmann ist ziemlich abgebrüht und schrieb für jeden eine andere Aufgabe auf.

Inzwischen ist die Bärbel fertig geworden und sagte stolz: „Ich glaube, ich hab es geschafft.“ Der Herr Burschelmann antwortete, bei ihm gibts keinen Glauben, und schaute finster zur Tafel. Auch kratzte er sich und knurrte dazu: „Na ja, wir brauchen ja auch mal Nachwuchs an Lehrerinnen im Dorf. Laß dir nicht einfallen, später in die Stadt zu ziehen, sonst kriegst du es mit mir zu tun.“ Die Bärbel schritt jetzt noch stolzer in ihre Bank zurück.

Die Sonja Zunder hat sich inzwischen gereckt und ihren Pullover schön straff gemacht. Das fiel auch dem Herrn Burschelmann auf. Er ließ es zu und sagte erst ein

paar Minuten später: „Sonja, daß du schön bist, weiß ich, und daß du Mannekäng werden sollst, weiß ich von deiner Mutter. Daß du bei deiner letzten Arbeit eine Vier hattest, steht im Klassenbuch. Daß man mit Vieren nicht weit kommt und keine großen Sprünge machen kann, ist so gut wie sicher. Jetzt hast du Gelegenheit, die Vier wieder wegzuputzen. Komm schon zur Tafel und zier dich nicht so.“ Und die Sonja hatte ganz schön zu tun. Als sich die Sonja setzen durfte, war ihre Brust nicht mehr so hoch. Doch der Herr Burschelmann richtete sie wieder auf, indem er hinter ihr her redete: „Es geht, wenn man will!“ Und sie soll erst bei uns im Landwarenhaus anfangen, und wenn sie sich so weiter entwickelt, wird sie sowieso bald heiraten und mehrere Kinder bekommen, und das ist auch keine schlechte Perspektive; denn er will als Lehrer nicht arbeitslos werden.

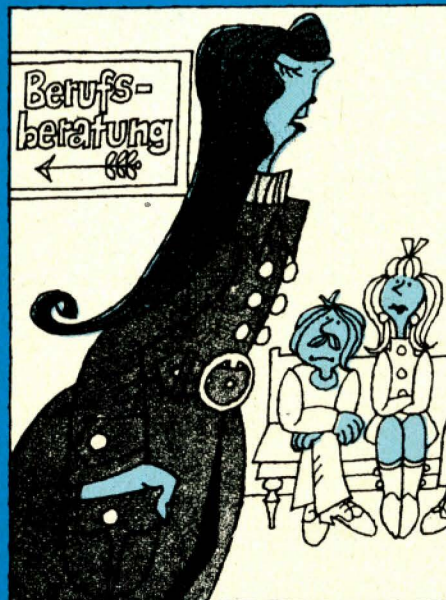
Der Herr Burschelmann hat noch einige zur Tafel geholt und sie dabei beraten. Dem Schweine-Sigi zeigte er seine Wampe und sprach, er soll mit seinem Vater ein paar neue fettlose Schweine züchten. Der Sigi blies seine vorderen Backen auf und antwortete: mal sehen.

Die schwere Wally fragte er, wie sie mit ihren kleinen Geschwistern zurechtkommt? Die Wally meinte, es geht, bloß diese ekelhafte Windelwäscherei, davor drückt sie sich ganz gerne. Der Herr Burschelmann erwiderte, er konnte seine vollen Windeln auch nicht riechen, und schlug der Wally vor, später eine Wäscherei übernehmen. Vielleicht kriegt er dann seine Hemden schon in acht Tagen und nicht erst nach vier Wochen. Ich dachte, so schlimm kann das für Herrn Burschelmann nicht sein, und er wird doch wohl noch ein paar Hemden und Windeln zum Wechseln haben. Außerdem sieht man ihn doch meistens nur mit seinem Rollkragenpullover oder im Strickhemd oder mit freier Brust. Das Hemd zieht er am Feiertagen an, die freie Brust zeigt er am Sonntag in seinem Garten.

Als die Schule aus war, fragte ihn der Herr Direktor Keiler, ob er schon darüber nachgedacht hat, wie das mit der Berufsberatung werden soll. Der Herr Burschelmann knurrte, sein Kopf ist kein Computer, und wegen dem Berufsberater reißt er sich kein Bein aus. Und er wird am Dienstag auch den Sohn vom Herrn Direktor einladen und von ihm erzählen lassen, warum er als Tierarzt in die Stadt zog. Der Herr Direktor schaute ihm kopfwackelnd nach und sprach zu sich: „Fast keine Zähne mehr und dabei bissig wie ein Krokodil.“

Das stimmt. Darum brauchten wir auch einen Zahnarzt in unserer Poliklinik, damit der Herr Burschelmann ein neues Gebiß bekommt und wieder richtig beißen kann.

Zeichnungen: Louis Rauwolf



„Keene Stewardessen, Krankenschwestern brauchense. Na, ich bin doch noch gesund, Freunde.“

jugendpolitische blätter

Stufenausbildung nach „Konzernherren-Art“

Gegenwärtig rücken in immer stärkerem Maße die Fragen der Bildung und Berufsausbildung in den Mittelpunkt der Diskussion. Die Arbeiterjugend und ihre Verbände melden massiver als bisher ihre Forderungen an. Wichtige Impulse für diesen Kampf gingen insbesondere von der Bundesjugendarbeitstagung der Gewerkschaftsjugend in Solingen aus. Im Auftrage von über einer Million junger Gewerkschaftsmitglieder wurden Forderungen der Gewerkschaftsjugend diskutiert, konkretisiert und beschlossen.

Die Parteien, Regierung und Unternehmer beschäftigen sich immer mehr mit diesen Fragen. Die Vorstellungen der Herrschenden und ihrer Parteien dienen jedoch alle dazu, die Jugend in das bestehende spätkapitalistische System zu integrieren, über technokratische Veränderungen der Berufsausbildung ihre Profite zu sichern. Sie wollen eine weitere Unterordnung der Berufsausbildung unter ihrer alleinigen Verfügungsgewalt um dem Druck der Arbeiterjugend entgegentreten und in ihren Griff zu bekommen. Dies ist gleichzeitig der Hintergrund für Formen und Modelle die gegenwärtig erfunden werden, mit den alten reaktionären Inhalten. Eine dieser Formen ist die Stufenausbildung nach „Konzernherren-Art“.

Von Dieter Keller, stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ

Berufsbildungsberichte der Parteien und der Regierung werden angefertigt. Vorschläge der Finanzierungsplankommission werden gemacht. Alle diese Pläne dienen jedoch in allererster Linie dazu, mehr Profit für die Bosse herauszuholen, die Arbeiterjugend leichter und schneller in den Arbeitsprozeß einzugliedern, die Arbeiterjugend und die Gewerkschaften von einer wirksamen Mitbestimmung auszuschließen und die Masse der Arbeiterjugend mit der Finanzierung der Berufsausbildung noch stärker zu belasten.

Die Stufenausbildung wurde durch das Berufsbildungsgesetz aus dem Jahre 1969 legalisiert, das den Forderungen und den Interessen der Arbeiterjugend nicht entspricht. Sie greift wie eine Seuche um sich. Mittlerweile hat die Bundesregierung Ausbildungsordnungen erlassen für die industriellen Elektroberufe, für den Bereich Textil-Bekleidungsindustrie, für die Berufe Verkäufer-/Einzelhandelskaufmann. In der Planung befinden sich Ausbildungsordnungen für die Schlosserberufe und für die Druckerberufe. Einige Konzerne sind

dazu übergegangen, eigene Ausbildungsordnungen zu schaffen, wie z.B. der Daimler-Benz-Konzern. Die Stufenausbildung wird von den Konzernen, den Regierungsparteien und der CDU/CSU als „die Reform der beruflichen Bildung“ angepriesen. Doch das ist sie beileibe nicht.

Disziplinierung mit modernster Technik

Hinter den wohlklingenden Formulierungen, hinter den technischen Hilfsmitteln, die z.B. bei Daimler-Benz angeboten werden (Speicherung von Dias, Overhead-Projektor Anschauungsmodelle, audio-visuelle Mittel, werkseigene TV-Anlage usw.), befindet sich ein ganzer Wust von Festlegungen, wie die Arbeiterjugend noch mehr diszipliniert werden soll, wie das Konkurrenzdenken in die Arbeiterjugend hereingetragen wird und wie der solidarische Kampf der Arbeiterklasse gespalten werden soll und wie die Mehrheit der Lehrlinge nicht die letzte Stufe der Stufenausbildung erreicht.

Für die Konzernbosse ist die Einführung der Stufenausbildung ein Schritt, um die Kluft zwischen den bisherigen Bildungsinhalten und den sich ändernden Arbeitsanforderungen zu beseitigen, ohne daß ihr alleiniger Einfluß gebrochen wird.

Alle die bisher vorliegenden Stufenpläne haben weitere Gemeinsamkeiten. So z.B. die Tatsache, daß in der Grundlagenausbildung und in der ersten Stufe kein breites theoretisches, wissenschaftliches Grundlagenwissen vermittelt wird, sondern eine fachspezifische Ausbildung.

Daimler-Benz: Profit-Stufenplan

Für Daimler-Benz wird es „eine der Hauptaufgaben sein, Anpassung an betriebliche Produktionsfaktoren zu schaffen“. Und dementsprechend ist für die Stufe 1 (Grundstufe) formuliert: „Der Ausbildungsinhalt enthält die grundsätzlichen Arbeitstechniken“. Für die Mittelstufe: „Ein breites Berufswissen zu vermitteln und für die fachspezifische Ausbildung der 3. Stufe ein höheres Eingangsniveau zu erreichen“.

Es geht den Bossen also nicht um eine breite umfassende Bildung im Interesse der Lehrlinge, sondern um technokratische Veränderungen im Interesse ihres Profits. Eine umfassende Grundlagenbildung wäre eine wichtige Voraussetzung, um größtmögliche Mobilität zu erreichen.

Die Betriebe sind nicht gezwungen, alle Lehrlinge bis zur letzten Stufe auszubilden. Es obliegt der Entscheidungsbefugnis der Konzernbosse, wer und wieviele Lehrlinge die letzte Stufe erreichen. Fein umschrieben wird das mit „dem erfolgreichen Abschluß der Mittelstufe“.

„Er kann sich für folgende Möglichkeiten entscheiden: Tätigkeit als Facharbeiter, Fortführung der Ausbildung in Stufe 2.“ Also ein Großteil der Lehrlinge soll nach 2 Jahren aus der Berufsausbildung aussteigen. Es wird der Eindruck erweckt, die Entscheidung liege bei den Lehrlingen. Das ist jedoch üble Demagogie. So bilden z.B. die meisten Elektrofirmen gar nicht erst in der letzten Stufe aus. In den anderen Elektrofirmen steht nur ein geringer Prozentsatz an Ausbildungsplätzen in der letzten Stufe zur Verfügung.

Somit werden mit weniger Geld mehr Arbeitskräfte für den unmittelbaren Einsatz im Arbeitsprozeß gewonnen.

Arbeiterjugend wehrt sich

Dagegen wird sich jedoch die Arbeiterjugend mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Um von vornherein dem Druck der Arbeiterjugend entgegenzutreten, formulieren die Bosse: „Es muß klar herausgestellt werden, daß wir nicht künstlich in kurzer Zeit mit einem Minimum an Aufwand sog. Hilfskräfte für den automatischen Fertigungsbetrieb heranzüchten werden. Es bedarf einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit, diese Entwicklung klar verständlich zu machen“.

Wie zur Bestätigung der Forderungen der Arbeiterjugend formulieren die Bosse bei Daimler-Benz daß „die Berufsbezeichnung dieses Abschlusses noch in der Diskussion sei“, also im Grunde keinen abgeschlossenen Beruf darstellt und somit automatisch mit Lohninbußen verbunden ist. Mit wenigem Aufwand billige Arbeitskräfte, das ist ihre Devise. Die Arbeiterjugend hat allen Grund diesen Stufenausbildungsplänen nicht nur skeptisch gegenüberzustehen, sondern diese Stufenausbildung nach „Konzernherrenart“ zu bekämpfen.

Die Gewerkschaftsjugend hat auf ihrer Bundesarbeitstagung zur beruflichen Bildung die Einführung der Stufenausbildung verurteilt und die Gewerkschaften aufgefordert, der Einführung von Stufenausbildungsverordnungen nicht zuzustimmen.

Wie sollte unser Kampf gegen die Stufenausbildung aussehen?

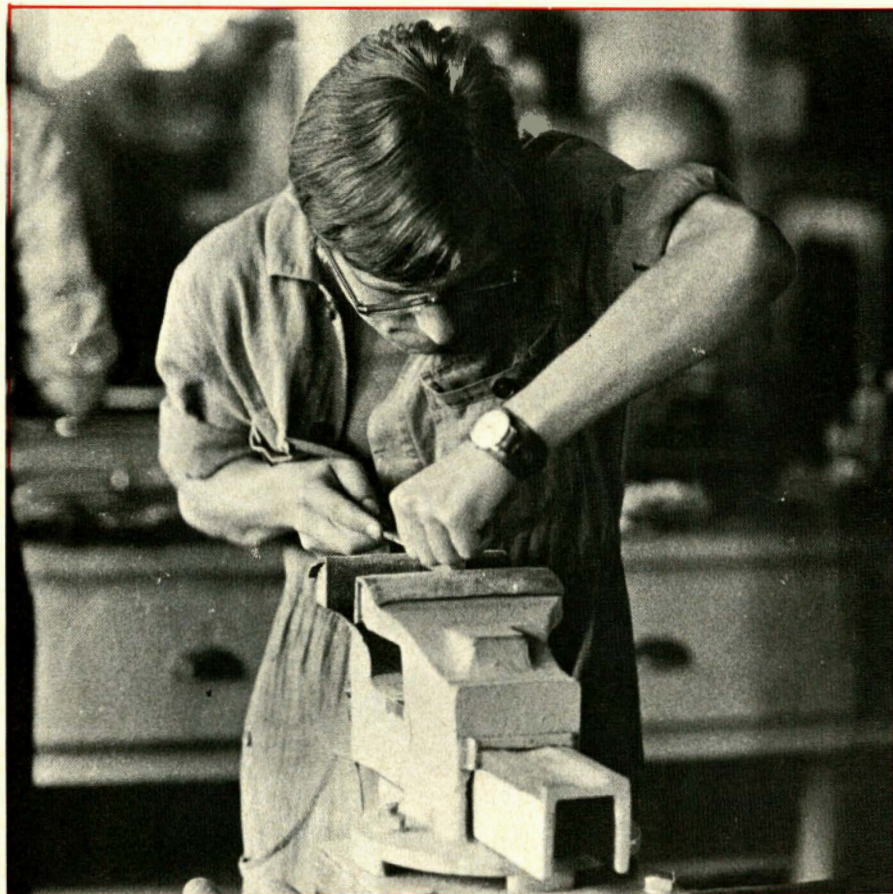
Die Kernfragen bei der Stufenausbildung sowie in allen Fragen der Berufsausbildung sind: „Wer bestimmt, wer finanziert und mit welchen Inhalten wird die Berufsausbildung durchgeführt?“ Die bisher vorliegenden Stufenausbildungspläne der Konzerne lösen diese Fragen nicht im Interesse der Arbeiterjugend. Unser Kampf muß also die Gefahren solcher Pläne immer wieder aufzeigen und die Arbeiterjugend darüber aufklären.

Es muß deutlich gemacht werden, daß jeder einen Anspruch auf eine Lehre hat, die ihn durch alle Stufen führt. Die Zahl der Ausbildungsplätze muß dementsprechend erhöht werden. Zusätzliche Ausleseverfahren wie Leistungsgruppen, Zwischenprüfungsverfahren usw. werden von uns abgelehnt, da sie die Arbeiterjugend disziplinieren und im Interesse der Unternehmer liegen. Dadurch besteht auch die Möglichkeit, gewerkschaftlich aktive Kollegen auf kaltem Wege auszusondern: Gerade über die verschiedensten Qualifikationsstufen und Ausleseverfahren haben die Unternehmer neue Möglichkeiten geschaffen, die Arbeiter gemäß ihren Vor-

stellungen zu qualifizieren und zu disziplinieren. In den Betrieben müssen wir versuchen, durch innerbetriebliche Vereinbarungen die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern und im Interesse der Arbeiterjugend zu lösen. Dabei kommt insbesondere den Betriebsräten eine große Verantwortung zu. Sie können, da sie in Fragen der Berufsausbildung ein gewisses Mitbestimmungsrecht haben, die Gefahren der Stufenausbildung mildern.

Durch innerbetrieblichen Kampf müssen wir den Spielraum der Unternehmer einengen und deutlich machen, daß eine Reform der beruflichen Bildung nur zu erreichen ist, wenn sie aus der Verfügungsgewalt der Konzerne herausgelöst wird.

Es muß deutlich gemacht werden, daß wir für eine Bildung und Berufsausbildung sind, in der alle Jugendlichen allgemein gebildet werden, damit sie die Gesellschaft erkennen und bereit sind, im solidarischen Kampf diese Gesellschaftsordnung zu verändern. Es geht für die Arbeiterjugend nicht nur darum, die Hebel der Maschinen zu bedienen, sondern auch die Hebel der politischen Macht bedienen zu lernen. Diesen Ansprüchen wird die Stufenausbildung in keiner Art und Weise gerecht.



Internationale Konferenz in Hamburg

Berufsverbote – Unverständnis und Sorge im Ausland

Am 12. 5. 1973 fand in Hamburg eine internationale Konferenz statt, bei der die Vertreter zahlreicher demokratischer Organisationen der BRD und des Auslandes sowie sozialdemokratische Parlamentarier aus der Bundesrepublik die vollständige und bedingungslose Abschaffung der verfassungswidrigen Berufsverbote forderten. Pierre Juquin, kommunistischer Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung, rief alle Teilnehmer der Konferenz zum Kampf gegen die Berufsverbote auf und sagte: „Es kommt auf jeden an, daß er mitkämpft. Um seinetwillen, um seiner Klasse willen, der Arbeiterklasse willen, um seiner Nation und der Nachbarvölker willen...“ Mit Pierre Juquin führte Werner Stürmann, Mitglied des Redaktionsbeirates von elan, das folgende Gespräch:

elan: In der BRD kämpfen Demokraten seit über einem Jahr gegen die sogenannten Grundsätze zur Beschäftigung von Verfassungsfeinden im Öffentlichen Dienst. Sie beinhalten, daß Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte keine Beamte oder Lehrer werden dürfen. Wie wird dieser Beschluß insgesamt in der französischen Öffentlichkeit gewertet?

Juquin: Der französischen Öffentlichkeit ist ein solcher Beschluß unverständlich. Es ist umso unbegreiflicher, als es eine sozialdemokratische Regierung in der Bundesrepublik gibt. Und die Franzosen sind sehr verwundert, daß eine solche Regierung so etwas erlaubt. Wir erinnern uns an die Vergangenheit. Wir befinden uns heute in einer ganz neuen Situation. 1973 hat nichts gemeinsames mit 1933. Aber immerhin ist es sehr bedenklich, daß es ein solches Gesetz oder einen solchen Beschluß gibt, und es entspricht der neuen Situation der Entspannung in Europa nicht.

elan: Der Berufsverbotserlaß, der sich hier ja vor allen Dingen gegen Kommunisten richtet, ist ja ursprünglich auf Druck der reaktionären Kräfte, vor allem der CDU/CSU, von rechten SPD-Politikern beschlossen worden. In Frankreich jedoch haben die FKP und die Sozialistische Partei gemeinsam ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Daraus könnte sich die Frage stellen: Ist in Frankreich ein solcher Beschluß überhaupt jemals denkbar?

Juquin: Zur Zeit wäre theoretisch ein solcher Beschluß möglich, da wir eine ganz reaktionäre Regierung haben. Aber

es gibt einen solchen Beschluß nicht, und es ist praktisch unmöglich, daß es einen solchen gibt, weil die Arbeiter und demokratischen Kräfte stark sind und jede Form der Repression ablehnen und scharf bekämpfen. Entweder in den Gewerkschaften oder auf Grund der Aktionseinheit der linken Parteien und anderer demokratischer Kräfte, die nicht zu den Linken gehören, aber fortschrittlich sind. Ich möchte hinzufügen, daß wir in unserem gemeinsamen Regierungsprogramm, d. h. wir Kommunisten und Sozialisten, eine Demokratie ent-

worfen haben und felsenfest versprochen haben, eine Erweiterung und Festigung der demokratischen Kräfte zu gewährleisten.

elan: Wir in der BRD haben zu verzeichnen, daß diese Berufsverbote auch zunehmend auf die Betriebe ausgedehnt werden, z. B. sind in den letzten zwei Jahren über 600 Jugendvertreter gekündigt worden oder haben kein neues Arbeitsverhältnis bekommen. Stellen wir uns einmal vor, wenn in Frankreich gewählte Interessenvertreter der Arbeiterklasse Repressalien ausgesetzt sind. In welchen Formen werden dann Kampfaktionen eingeleitet?

Juquin: Das gibt es natürlich auch in den französischen Betrieben, da die Kapitalisten die fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse immer scharf bekämpft haben. Und es gab vor kurzem in den Renault-Werken 27 Arbeiter, die entlassen wurden, weil sie einen Streik geführt hatten. Aber das wurde sehr scharf bekämpft, und zwar in erster Linie von den Gewerkschaften selbst. Es ist um so interessanter, als es in Frankreich mehrere Gewerkschaften gibt. Aber sie haben sich alle geeinigt, um solche Maßnahmen abzulehnen und aufs Schärfste zu bekämpfen. Andererseits haben die Linksparteien in einer gemeinsamen Aktion auch diese Maßnahmen bekämpft. Es gibt auch andere Gruppen, z. B. die Liga der Menschenrechte und andere liberale Gruppen, die solche Maßnahmen auch zum Teil bekämpfen. Es gibt also in Frankreich eine breite Front, die in vielfältiger Form solche Maßnahmen bekämpft. Ich möchte betonen, daß die Aktionseinheit der Sozialisten, Liberalen und Kommunisten eine Grundbedingung ist, damit solchen reaktionären Tendenzen ein Ende bereitet wird.



X. Weltfestspiele

Zum Festival aus über 130 Ländern

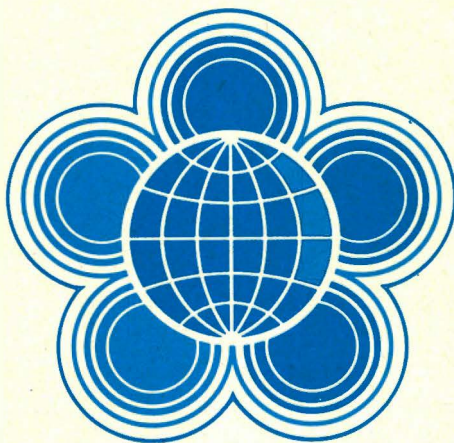
Delegation des Internationalen Vorbereitungskomitees auf Einladung des „Initiativ Ausschusses X. Weltfestspiele“ in der Bundesrepublik

Von Peter Bubenberger

„Weltfestspiele – das sind nicht nur neun Tage der Begegnung in Berlin. Die aktive Vorbereitung in den verschiedenen Ländern, um die Ideen und den Geist des Festivals unter großen Teilen der Jugend bekanntzumachen – das gehörte schon immer zur Festivalbewegung. Von großer Bedeutung ist die politische und materielle Solidarität mit der Jugend solcher Länder, die um ihre Befreiung von Imperialismus, Kolonialismus und Faschismus kämpfen.“ Dies erklärte am 21. Mai 1973 Nassim Daher, Leiter des Verbindungsbüros der Ständigen Kommission des Internationalen Vorbereitungskomitees (IVK) der X. Weltfestspiele. Nassim Daher besuchte mit einer Delegation der Ständigen Kommission am 21./22. Mai 1973 auf Einladung des „Initiativ Ausschusses X. Weltfestspiele“ die Bundesrepublik. Der Delegation gehörten weiterhin an: Toschko Toschkov als Vertreter des bulgarischen Nationalen Festivalkomitees und Jose Bozermann, Leiter des Internationalen Pressezentrams der Weltfestspiele.

Was tut sich weltweit in Vorbereitung des Festivals? Was tut sich in der Bundesrepublik?

Die Beantwortung dieser Fragen stand im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen der Delegation der Ständigen Kommission und Vertretern der im Initiativ Ausschuss X. Weltfestspiele zusammenarbeitenden Jugendverbände. „Solidarität mit Vietnam – gerade jetzt!“ ist ein wichtiger Schwerpunkt des X. Festivals. Die Jugendverbände der BRD konnten von bedeutenden Beiträgen der Solidarität berichten: 250 000 DM wollen SDAJ und MSB Spartakus für das Kinderkrankenhaus „Ngyuen Van Troi“ in Hanoi sammeln, der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) 25 000 DM für das gleiche Ziel. 20 000 DM will die Naturfreundejugend der Vietnam-Hilfe e.V. übergeben, die DGB-Jugend hat ein Spendenkonto eingerichtet. Zur Unterstützung des Internationalen Solidaritätsfonds X. Weltfestspiele sind



eine Fülle von Materialien herausgekommen, deren Verkaufserlös Jugendlichen aus sozial und politisch unterdrückten Ländern und aus der „Dritten Welt“ die Teilnahme am Festival finanziell ermöglichen soll: eine zehnteilige Postkartenserie, eine dreiteilige Plakatserie, eine Festivalangspielplatte mit den bekanntesten politischen Liedermachern der BRD – das ist der Beitrag des „Arbeitskreises Festival“ (AKF). Ebenfalls Plakate bietet der SHB an, eine Festival-Sonderzeitung sowie verschiedene Broschüren und Bücher das Jugendmagazin elan.

„Vom Initiativ Ausschuss X. Weltfestspiele der BRD erwartet das IVK einen Beitrag zum Weltsolidaritätsfonds, der sich sehen lassen kann“, erklärte Toschkov. „Ihr habt gute Möglichkeiten, das zu erreichen.“

Zu den guten Möglichkeiten trägt nicht zuletzt bei, daß sich in zahlreichen Städten der Bundesrepublik auf der Grundlage des Aufrufes des Initiativ Ausschusses und des internationalen Festivalaufrufes örtliche Festivalinitiativen gebildet haben, in denen gewerkschaftliche Jugendgruppen, DGB-Kreisjugendausschüsse, Jusos, SDAJler, Falken konfessionelle Jugendgruppen und verschiedene Jugendklubs, ASten, SHB, MSB Spartakus, Jungdemokraten, Schülermitverwaltungen, Songgruppen und vie-

le andere eng zusammenarbeiten und sich konkrete Ziele der materiellen Solidarität gesteckt haben. In Niedersachsen hat sich auf Landesebene ein breites Festivalkomitee gebildet. In Marburg und Umgebung, in Frankfurt, Oberhausen (um nur einige zu nennen) lassen sich örtliche Festivalausschüsse nicht länger von reaktionären Antikommunisten und Festivalfeinden auseinanderrivieren und leisten einen wirkungsvollen Beitrag zum Festival unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“.

Teilnehmer aus über 130 Ländern – rund 1 800 Veranstaltungen des Festivals

Nassim Daher, Leiter des Verbindungsbüros der Ständigen Kommission des IVK antwortete auf die Frage von „elan“ über die Arbeit der Ständigen Kommission und den Stand der Festivalvorbereitung:

Auf seiner zweiten Tagung beauftragte das IVK eine Ständige Kommission mit der Ausführung der Vorbereitungsarbeiten. Der Kommission gehören 16 nationale Festivalkomitees und vier internationale Organisationen, der WBDJ, der Internationale Studentenbund, die Panafrikanische Jugendbewegung und der Lateinamerikanische Studentenrat sowie der Koordinierungssekretär an. Inzwischen haben eine Vielzahl von Arbeitskomitees ihre konkrete Tätigkeit aufgenommen, um die Fragen des Transports, der Unterbringung und Verpflegung u.ä. zu lösen. Das Verbindungsbüro hat Gespräche mit über 60 der 100 bestehenden nationalen Festivalkomitees geführt, zu über 130 Ländern bestehen Kontakte. In diesen Tagen verabschiedete die Ständige Kommission das Rahmenprogramm für das Festival. Das Programm kam zustande nach breiter und umfangreicher Diskussion mit vielen nationalen Komitees, so auch mit dem der BRD, dessen Vorschläge sämtlich berücksichtigt wurden. Die Festivalteilnehmer erwarten etwa 1 800 verschiedene Veranstaltungen, von Massenmeetings, Seminaren, Konferenzen über die verschiedenen Nationalprogramme, mit denen sich die Delegationen vorstellen, bis hin zu einer Vielzahl von Kultur- und Sportveranstaltungen. 700 akkreditierten Journalisten aus aller Welt ist Gelegenheit geboten, an den Weltfestspielen teilzunehmen und zu berichten.

Eine wichtige Rolle spielt die Finanzierung des Festivals. In vielen Ländern sammeln Jugendliche aktiv für den Internationalen Solidaritätsfonds X. Weltfestspiele, um Jugendlichen, die unter schwersten sozialen und politischen Bedingungen den antiimperialistischen Kampf führen, die Teilnahme am Festival zu ermöglichen.“



**OR
WO**
Film

Sie haben eins gemeinsam: **SIE STEHEN MIT ORWO-FILMEN AUF DU UND DU**
So unterschiedlich ihre fotografischen Absichten und Aufgaben sind, sie wählen immer wieder ORWO-Filme.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: ORWO-Schwarzweiß- und ORWOCOLOR-Filme sind stets zuverlässig.

Sie entsprechen den Anforderungen moderner Fotografie. Nutzen Sie diese tausendfach bestätigte Erfahrung. Wählen Sie für Ihre Aufnahmen **ORWO-FILME!**

VEB FILMFABRIK WOLFEN Deutsche Demokratische Republik

Bildung statt Bomben!





AKTION ROTER KUCKUCK ★

Jugend klagt an:
Antidemokratische
Lehrinhalte
Untermehrwirkung
und Militarismus!

Jugend trifft ein für
Mitbestimmung,
fortschrittliche
Ausbildung und
ihre Grundrechte!

e!aum

Die sozialistische Jugendzeitschrift
40 Dortmund, Bruderweg 16
Verantwortlich für den Inhalt: Wolfgang Kretsch

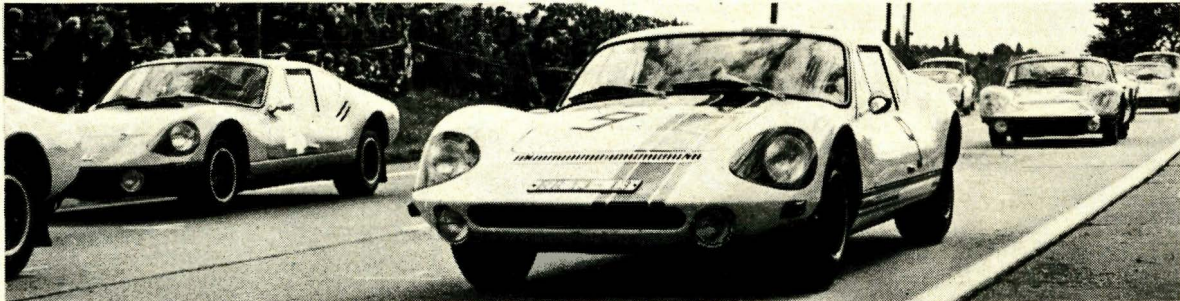
Abwasch Scout

e!aum
POLIT-POSTER



PNEUMANT®

REIFEN FÜR REALISTEN



Mit dem P 33 radial präsentiert PNEUMANT einen konstruktiv ausgereiften Gürtelreifen. Für Realis-

ten, für Kunden, die hohe Verkehrssicherheit, Wirtschaftlichkeit und hervorragenden Fahrkomfort for-

dern. Und reale Vorteile zu schätzen wissen. Unser Informationsmaterial enthält alle Fakten.



**EIN P33 radial
SPITZENERZEUGNIS**



Transportmaschinen Export-Import
Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen
DDR 108 Berlin

An die PNEUMANT-Ver-
tretung
Fa. Paul Lange & Co.
7 Stuttgart N
Rosensteinstr. 35

Bitte senden Sie mir/
uns unverbindlich In-
formationsmaterial über
den PNEUMANT P 33
radial

Name / Funktion

Firma / Anschrift



f o r u m

forum der jugendverbände

14. Bundeskonferenz der SJD - Die Falken

Forderungen der Arbeiterjugend in den Mittelpunkt

Die Wahl einer neuen Bundesleitung, die kritische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung und der SPD-Führung, die Verabschiedung von Anträgen – so z. B. gegen die Berufsverbote und die Entlassungen von Jugendvertretern – prägten die 14. Bundeskonferenz der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ vom 1. – 3. Juni 1973 in Gelsenkirchen. Die Tagespresse sprach von einer „Machtergreifung der Linken“ im Ergebnis der Konferenz. Die Frage muß richtig heißen: wie wird der Beitrag der SJD – Die Falken im Kampf der Jugend um ihre sozialen und politischen Rechte, gegen Imperialismus und für internationale Solidarität aussehen?

Von Peter Bubenberger

Die „Gretchenfrage“ (wie sie von einigen der 152 Konferenzdelegierten bezeichnet wurde) zog sich durch die Befragung aller Kandidaten für den neuen Falken-Bundesvorstand. „Wie hältst du es mit der SPD?“ – lautete die Frage. Konrad Gilges, der neugewählte Bundesvorsitzende und Gegenkandidat gegen den alten Bundesvorsitzenden Dieter Lasse ging in seiner „Kandidatenrede“ auf eben dieses Verhältnis zur SPD ein und verwies auf den seit dem „Godesberger Programm“ der SPD fort-dauernden Rechtskurs der SPD-Führung, der sich vor allem gegen die Forderungen der Arbeiterjugend ausgewirkt habe. In der Kritik zahlreicher Delegierter an dem alten Bundesvorstand wurde deutlich, wie die Arbeit des neuen Bundesvorstandes und damit auch das Verhältnis zur „Mutterpartei“ SPD aussehen soll: der verlorengegangene Kontakt zur Basis, also zu den jungen Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen in den Betrieben und Gewerkschaften, der Anschluß an die aktive Bewegung der fortschrittlichen Jugend soll wieder hergestellt werden und damit die Falken

wieder zu einem wichtigen Faktor vor allem in der Arbeiterjugend gemacht werden. Die SJD – Die Falken sollten sich nicht mehr wie bisher allein zum Sachverwalter der SPD-Wahlkampf-taktik machen und ihre Aktivitäten darauf und auf die Unterstützung der außenpolitischen Maßnahmen der SPD-geführten Bundesregierung abstellen. Kritik am alten Bundesvorstand wurde auch laut, als es um die in der Vergangenheit gefaßten und mitunter durchaus vorwärtsweisenden Beschlüsse der Falken ging: zahlreiche dieser Beschlüsse seien lediglich Papier geblieben. So z. B. der Beschluß gegen den Ministerpräsidentenerlaß mit seiner Berufsverbotswirkung oder der zu den Weltjugend-spielen, die im Verband nur „auf höchster Ebene“ vorbereitet würden. Das gleiche sei mit den verschiedenen Aussagen der Falken zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Jugend geschehen.

In der Tat hatten es Lasse und der alte Bundesvorstand schwer, diese unüberhörbaren Fragen ihrer eigenen Basis in

den Gruppen der SJD – Die Falken befriedigend zu beantworten. Der unerwartet hohe Stimmenvorsprung für Lasses Gegenkandidaten Gilges (Lasse erhielt 58, Gilges 92 Stimmen) ist deshalb auch durch eben diese Inaktivität und Basisferne des alten Bundesvorstandes zu erklären. Da nützten auch verschiedene kritische Reden Dieter Lasses, in denen er antikapitalistische Positionen bezog, nichts mehr. Es war eben jene antikapitalistische Politik, die die Delegierten forderten und bisher in der Praxis des alten Bundesvorstandes vermißt hatten. Selbst das antikommunistische Klischee der „Stamokap“-Formel, mit der Lasse kritische Positionen zu diffamieren suchte, und die Unterstützung durch den Juso-Bundesvorsitzenden Roth brachten ihm die Wiederwahl nicht mehr.

Im Hauptreferat der Bundeskonferenz versuchte der parlamentarische Staatssekretär Heinz Westphal den Delegierten die „Jugendpolitik der Bundesregierung“ zu erläutern (und nebenbei auch noch Pluspunkte für Lasse zu sammeln.) Kennzeichnend an seinen Vorstellungen war, daß von einer echten Mitbestimmung der Jugend nicht die Rede war, dafür aber sehr viel vom „Mitgestalten“. Von einer wirksamen Unterstützung der brennenden Forderungen der Jugend, gegen die Monopolherrschaft z. B. nach Jugendarbeitsschutz, Berufsausbildung, Kündigungsschutz für Jugendvertreter, Förderung der außerschulischen Jugendarbeit war ebenso wenig zu spüren. Statt dessen wurde deutlich, daß die Bundesregierung die staatliche Tätigkeit bei einzelnen jugendpolitischen Problemen und Forderungen zwar verstärken will – dies aber ohne Mitbestimmung der Jugend und ihrer Verbände mit dem Ziel, die kritische Jugend durch gezielt gesteigerte staatliche Aktivität in das kapitalistische System zu integrieren. Nur natürlich war es, daß die Falken, die sich als sozialistische Arbeiterjugendorganisation verstehen, auch ihr Verhältnis zu anderen fortschrittlichen Jugendverbänden und politischen Kräften in der BRD diskutierten. „Conny“ Gilges sagte dazu: „Wir sollten das kritische Bündnis linker Gewerkschafter und Sozialdemokraten mit progressiven Jungsozialisten unterstützen und vorantreiben, um einer weiteren Rechtswanderung der SPD, die seit

Godesberg ununterbrochen anhält, entgegenzuwirken.“ Anders als Lasse, der sagte: „Klar muß die Trennungslinie zwischen uns, den Vertretern eines demokratischen Sozialismus, und den Kommunisten sein“, bestimmte Gilges das Verhältnis zu konsequent sozialistischen und kommunistischen Positionen nach folgenden drei Prinzipien:

„Die SJD – Die Falken muß in konkreten politischen und praktischen Fragen Bündnisse mit anderen sozialistischen Organisationen eingehen. Voraussetzung für die Bündnisse sind: 1. Daß die Prinzipien, die manifestiert sind in unserem Grundsatzprogramm und den Beschlüssen der Konferenzen, nicht aufgegeben werden. 2. Daß es eine Einheit in der Aktion und in den Parolen gibt. 3. Daß die Bündnispartner nicht zur Desorientierung der Arbeiterbewegung beitragen.“

Daß nach wie vor die herrschende kapitalistische Klasse in der BRD und ihre Hauptsachverwalter in CDU/CSU im Visier der Falken stehen, machte Gilges ebenso klar wie die Kontinuität der Falken in ihren internationalen Beziehungen, insbesondere zu den sozialistischen Ländern und in Vorbereitung der X. Weltfestspiele.

In entschiedener Form lehnte die Bundeskonferenz die verfassungswidrigen Berufsverbote für Demokraten ab und forderte die uneingeschränkte Aufhebung des entsprechenden Ministerpräsidentenerlasses. Solidarität mit kritischen und unbequemen (und deshalb von den Bossen gefeuerten) Jugendvertretern, wie sie z. B. in einem Solidaritätstelegramm an die 12 bei Bayer-Leverkusen entlassenen Lehrlinge zum Ausdruck kam, wird weiterhin im Gesichtsfeld der Falken-Politik stehen.

Weitere (und damit deutliche politische) Aussagen zu Fragen, die heute ebenfalls im Mittelpunkt der Aktivitäten der fortschrittlichen Jugend stehen, standen nicht auf der Tagesordnung: Vietnam (und die Unterstützung der US-Vertragsverbrecher durch die Bundesregierung), Rüstungsproduktion zugunsten der faschistischen Staaten durch die Bundesregierung, und die damit verbundene Forderung nach Abrüstung und europäischer Sicherheit, Wehrkunde und Militarisierung aller gesellschaftlicher Bereiche.

Für eine neue Praxis des Verbandes wurden Grundlagen gelegt – die Praxis wird erweisen, wie der eingeschlagene Weg erfolgreich im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend fortgesetzt wird. Zur Debatte stand auf dieser Bundeskonferenz auch der Entwurf eines neuen Aktionsprogramms der SJD – Die Falken, der unter Druck der personalpolitischen Entscheidungen des Kongresses zurückgezogen wurde – aufgeschoben, aber nicht aufgehoben bestimmt die Delegierten und beschlossen zugleich die gesicherte Neuherausgabe einer Verbandszeitschrift der Falken, die der beschlossenen Politik Kraft und Publizität verleiht. Pate am Kindbett der eingeleiteten Entwicklung steht die Arbeiterjugend. Die Diskussion wird weitergehen, die Praxis wird der Prüfstein sein.

forum

Pfingstlager der SDAJ:

Von der Ostsee bis zum Altmühltal: Mit der SDAJ campst es sich besser!



Sport, Politik und prima Stimmung: Die Pfingstcamps der SDAJ wurden Volltreffer. Über 3 000 Lehrlinge, junge Arbeiter, Schüler und Studenten, Mitglieder der SDAJ und Mitglieder anderer Jugendorganisationen, aber auch viele unorganisierte Jugendliche erlebten über die Pfingstfeiertage die SDAJ mal anders. Alle zehn Landesverbände der SDAJ schlugen ihre Zelte auf, an der See und in den Bergen, am Flußtal und in der Heide. Geboten wurde in den Camps allerhand – obwohl die Teilnehmer alles aus eigener Tasche zahlen mußten, da die staatlichen Stellen sich immer noch weigern, der SDAJ die ihr zustehenden Förderungsmittel zuzuweisen, während z. B. die Deutsche Jugend des Ostens genau mit diesen Mitteln ihre verständigungsfeindliche Politik finanziert.

Schleswig-Holstein

Wetter und Stimmung prima im Pfingstcamp der SDAJ Schleswig-Holstein am Hammersdorfer See nahe bei Travemünde. Baden, angeln, gammeln – aber auch diskutieren. Zum Beispiel mit dem Landessekretariat der DKP Schleswig-Holsteins: „Was wollen die Kommunisten?“ war die Frage. Fußballturnier (Sieger „Roter Otto Lübeck“), Würstchen, Koteletts vom Grill, Filme im Freien. Am Rande: wie verstärken

wir die Solidarität mit den von den Bossen gefeuerten Jugendvertretern? Wie machen wir unsere Betriebs- und Berufsschulzeitungen besser und natürlich – die Weltfestspiele.

Unbestrittener Star aller Pfingstcamp-teilnehmer: Der „Rote Kuckuck“. Er wurde während einer Demonstration der Kurverwaltung von Travemünde auf die Schaufensterscheibe geklebte – Protest gegen die irren Kurtaxenpreise! „Rotes Baden“ am Ostseestrand im Anschluß daran – natürlich ohne Bezahlung der 2.- DM Kurtaxe –: „So müßte das immer sein“, sagte ein Taxifahrer.

Hessen

Die Teilnehmer campierten im Spessartdorf Wallroth. Sport, Lagerolympiade und Songgruppen-Treffen standen auf dem Programm. Höhepunkt war zweifellos die Aktion „Haut bei den Bossen auf den Putz, Jugendvertreter brauchen Kündigungsschutz“, bei der alle Lager Teilnehmer einbezogen waren. Einen Nachmittag lang wurde von A bis Z durchgespielt, wie Solidarität mit gefeuerten oder zur Bundeswehr einberufenen Jugendvertretern organisiert werden kann. Aktionen wurden ausgeknobelt und vorgespielt, ein Informationsstand errichtet, Lieder gedichtet, Plakate und Transparente gemalt und ein Gruppenabend auf der Bühne („So wird's gemacht!“) vorgeführt. Jede SDAJ-Gruppe steuerte ihre Erfahrungen bei. Daß das „Spiel“ – so sehr es allen Spaß gemacht hat – Ernst war, zeigte sich in den Aufnahmescheinen, die bisher unorganisierte Teilnehmer ausfüllten.

Nordrhein-Westfalen

Sie reisten mit einem Samba-Sonderzug an die Eckernförder Bucht (Ostsee). Auf dem Zeltplatz Noer erlebten die Freunde aus dem besonders umweltverschmutzten NRW die Frischluft des Nordens, erbitterte Kämpfe um die Fußballlagermeisterschaft (die schließlich Köln gewann), einen „Schönheitswettbewerb“, ein Forum zum 15. elan-Jahrestag, den Auftritt der Westberliner Polit-Rock-Gruppe „Lokomotive Kreuzberg“ und viel Freizeit. Letztere wurde sehr oft zu Freundschaftstreffen zwischen einzelnen Ortsverbänden genutzt, bei denen praktischer Erfahrungsaustausch im Vordergrund stand. Begeistert waren alle – was sich nicht zuletzt darin ausdrückt, daß viele Freunde noch im Lager Mitglied der SDAJ wurden.

Rheinland-Pfalz

Der Landesverband Rheinland-Pfalz campierte in Alf an der Mosel. Das Lager stand unter dem Motto der X. Weltfestspiele „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“. Beim Songfestival traten Songgruppen und Einzelsänger auf. Solidarität wurde geübt mit den in jüngster Zeit entlassenen Jugendvertretern. Für brandaktuelle Informationen sorgten Lagerrundfunk und Lagerzeitung.

Bremen

Junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten campierten in Dorum/Nordsee zwischen Bremerhaven und Cuxhaven. Veranstalter: SDAJ Bremen ge-

forum

meinsam mit dem MSB Spartakus und densozialistischen Schülerbünden Bremen und Oldenburg. Höhepunkt waren der Auftritt von „Lokomotive Kreuzberg“, Filmveranstaltungen und ein Songgruppenfestival „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“ – unter dem Motto der X. Weltfestspiele wurde nicht nur diskutiert, sondern auch gehandelt. Die Teilnehmer organisierten vor der Bundeswehr-Kaserne in Cuxhaven-Altenwalde eine Solidaritätsdemonstration für die Kameraden Breizke und Greinert, die zu 14 bzw. 12 Tagen Knast verurteilt worden waren, weil sie sich konsequent für die Rechte der Soldaten einsetzten. Solidarität – selbstverständlich spielte dabei eine große Rolle, wie die Bewegung für die Unterstützung der gefeuerten Jugendvertreter, verstärkt werden kann. Tofte Stimmung gab's beim Schwimmen, Fußball, Volleyball und Wettlaufen.

Saar

Dieses Jahr zu Pfingsten fand in Geislauern/Völklingen an der Saar das dritte Freundschaftslager zwischen der Jeunesse Progressive Luxemburg (JPL) und der SDAJ, Landesverband Saar, statt. Das Lager, an dem sich Jugendliche aus beiden Ländern beteiligten, stand unter dem Motto der X. Weltfestspiele 1973 „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft“. So waren im Programm Meetings mit ehemaligen Festivalteilnehmern, Arbeitsgruppen über die Weltfestspiele und eine große Tombola für den Weltsolidaritätsfond enthalten. Auf dem Abschlußmeeting verabschiedeten die Teilnehmer eine Resolution den Aufruf des IVK den Festivalgedanken unter die Jugend zu tragen.

Baden-Württemberg

Jugendliche, SDAJler, Nicht-SDAJler und Noch-Nicht-SDAJler verbrachten Pfingsten in Weißweil am Rhein. Höhepunkt des Lagers war ein Pop-Festival mit neun Pop-Gruppen. Gemeinsam mit den Jungsozialisten und Jungdemokraten wurde die Aktion „Freier Badestrand“ durchgeführt. Natürlich stand auch in diesem Lager die Vorbereitung der X. Weltfestspiele im Mittelpunkt. Auf einer internationalen Lagerkundgebung sprachen Vertreter der antifaschistischen griechischen Lambraakis-Jugend, aus Finnland, Frankreich und Westberlin.

Niedersachsen

Pfingstlager der SDAJ Niedersachsen bei Munster (Lüneburger Heide). Die Teilnehmer, die fast zur Hälfte Nicht-SDAJler waren, verabschiedeten einstimmig eine Resolution gegen die willkürlichen Entlassungen von Betriebs- und Gewerkschaftsjugendfunktionären aus den Betrieben. Große Zustimmung fand die Aktion der Gewerkschaftsjugend „Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert“. Von der Bundesregierung wurde eine gesetzliche Regelung für einen wirksamen Kündigungsschutz für Betriebs- und Gewerkschaftsjugendfunktionären gefordert. Aktionen und Diskussionen richteten sich vor allem gegen die weitere Militarisierung der Heide. Am Pfingstsonntag wurden Kränze auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof Bergen-Hohne und im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen niedergelegt.

Hamburg

In sportlichen Wettbewerben, Fußball, Volleyball und anderen „nacholympischen“ Disziplinen zeigten die jungen Hamburger am Plöner See, daß der Kampf um das Grundrecht auf sinnvolle Freizeit, Erholung und Sport nicht nur auf dem Papier geführt werden muß. „Rote Diskussionsrunden“ vertieften Kenntnisse und klärten Probleme. Abends lieferten verschiedene Singegruppen ihre Beiträge. Die tägliche Lagerzeitung „Was'n los?“ konnte zum Schluß befriedigt feststellen: „Hier war was los.“

Bayern

Bei Kinding im Altmühltal wehte die rote Fahne und die bayrische Flagge weithin sichtbar über dem Camp. Die bürgerliche Presse sah sich enttäuscht; hatte die „Ingolstädter Zeitung“ unter der Überschrift „Lenin-Poster im Altmühltal“ noch Krach- und Störaktionen geweissagt, mußte der Reporter bei einem Besuch zugeben: „Das ist ja ein ganz normales Lager.“ „Normal“ – das war das Wildschweinbraten, der Sängerpokalwettbewerb, das Sportfest, das Tauziehen über die Altmühl hinweg (dabei gingen die Nürnberger baden), die Dichterlesung mit Franz Xaver Kroetz, das Auftreten der Münchner Songgruppe und das 1 000-m-Wettschnupfen. Solidarität mit den entlassenen Jugendvertretern und Festival-Vorbereitung – um diese Problemkreise drehte sich die politische Diskussion, unterstützt von „Laru-fu“ (Lagerrundfunk) und der Lagerzeitung „Altmühlpost“.

43. Vollversammlung des DBJR

Auf der Suche nach dem Selbstverständnis

Von Peter Bubenberger

Zu ihrer 43. Vollversammlung kamen am 7. Juni 1973 die im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) zusammengeschlossenen Jugendverbände in Hamburg zusammen, um über das politische und organisatorische Selbstverständnis dieser Arbeitsgemeinschaft der Jugendorganisationen zu beraten. Erneut stand der Aufnahmeantrag der SDAJ als Anschlußverband des DBJR auf der Tagesordnung und wurde wiederum ohne Diskussion von der Mehrheit der Jugendverbandsdelegierten abgelehnt.

„Im Deutschen Bundesjugendring haben sich auf Bundesebene tätige Jugendverbände und die Landesjugendringe freiwillig zusammengeschlossen, um bei Wahrung ihrer Selbständigkeit zusammenzuarbeiten, ihre gemeinsamen Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten, die Belange der Jugendarbeit zu fördern und dem Wohle der gesamten Jugend zu dienen.“

So steht es in der Präambel der Satzung des DBJR – in der Selbstverständniskussion sollte es darum gehen, diese allgemein gehaltene Satzungsformel entsprechend der neuen Entwicklung der Jugendbewegung in der Bundesrepublik zu interpretieren. Zwei Gründe:

1) Das zunehmende aktive Engagement der Jugend für ihre sozialen und politischen Rechte, für eine Politik des Friedens, die wachsende antiimperialistische und antikapitalistische Stoßrichtung der fortschrittlichen Jugendbewegung – diese sich seit 1968 verstärkende Entwicklung trug auch in alle Jugendverbände eine gewisse Politisierung, verlangte Stellungnahmen und Antworten.

2) Diese Entwicklung konnte auch um den DBJR keinen Bogen schlagen. Wenn diese Arbeitsgemeinschaft nicht völlig isoliert von der realen Jugendbewegung der BRD sein wollte, so mußte sie in einigen grundsätzlichen und aktuellen Fragen reagieren, Stellung beziehen. Dies war auch in den vergangenen zwei Jahren zunehmend geschehen und schlug sich nieder in Resolutionen und Forderungen des DBJR, z.B. gegen die US-Aggression in Vietnam, für die Freilassung von Angela Davis, gegen Wehrkundeunterricht an den Schulen und zuletzt auf dieser Vollversammlung in einem Dringlichkeitsantrag, der einen wirksamen Kündigungsschutz für

Jugendvertreter und junge Betriebsräte forderte und entschieden gegen die Nichtweiterbeschäftigung dieser betrieblichen Interessenvertreter nach Beendigung der Lehre protestierte.

Diese zunehmende Politisierung von Teilen des DBJR fand natürlich nicht die ungeteilte Zustimmung aller Mitgliedsverbände – die Berechtigung und die Richtung allgemeiner politischer Aussagen stellte insbesondere der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Frage, und auf sein Drängen war es auch zur Selbstverständniskussion gekommen.

Das Statement von Walter Riester (DGB-Jugend) zur Einführung in die Diskussion ließ die Probleme erkennen, vor die sich die DBJR in seiner praktischen Arbeit gestellt sieht, und die eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung um das Selbstverständnis notwendig gemacht hätten. Er berichtete, daß „ein Antrag auf Behandlung des Ministerpräsidentenerlasses auf der 44. Vollversammlung am Veto eines Jugendverbandes“ gescheitert sei. „Solange sich diese Praxis nicht ändert, ist zu befürchten, daß die Präambel zum Grundsatzpapier zur außerschulischen Jugendarbeit des DBJR, nämlich „Jugendarbeit soll durch Erziehung, Bildung und Gesellung zur Emanzipation des Menschen mit dem Ziel der Selbstverwirklichung und der aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft „eine Leerformel bleibt“ – formulierte Riester und hatte damit eine Basis zu einer kritischen Bestandsaufnahme der vergangenen Arbeit und Wegmarken für ein neues Selbstverständnis gesetzt.

Zur Enttäuschung zahlreicher Delegierter ging die sehr schleppende Diskussion an den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten im DBJR vorbei, nahm

teilweise die Form „eines akademischen Schlagabtauschs“ an und verlief wie „ein müdes plätscherndes Bächlein in das mal ein Kieselstein geworfen wird und jeder aufpaßt, daß auch niemand naß wird“, wie es einige der Delegierten formulierten.

Zu einer Zusammenfassung der Diskussion in einer Erklärung kam es nicht. Die Vertreter der Jugendverbände einigten sich darauf, daß „bestenfalls die unklaren Probleme“ zusammengefaßt werden könnten. Die in Diskussionsbeiträgen, z.B. der Landjugend oder des Arbeitersamariterbundes zum Ausdruck gekommene Enttäuschung über dieses Ergebnis und die Tatsache, daß „die Diskussion an den Problemen der Jugendverbänden vorbeiging“ und „die Jugendlichen sich durch uns nicht mehr vertreten fühlen“ kann vielleicht in einem Appell des Vertreters der Evangelischen Jugend zusammengefaßt werden: „Wir müssen uns auf die Probleme der Basis konzentrieren.“ Wie und mit welchen politischen Inhalten das geschehen soll – darüber konnte keine gemeinsame Aussage getroffen werden. Als es um die Entscheidung über den nunmehr zum sechstenmal behandelten Aufnahmeantrag der SDAJ ging, traf die Mehrheit der DBJR-Verbände trotzdem (wenn auch ohne ein Wort der Diskussion) eine Aussage zum Selbstverständnis: für eine Organisation wie die SDAJ, die eng mit der vielbeschworenen „Basis“ im Kampf um die unmittelbaren sozialen und politischen Interessen der Jugend in Betrieben, Schulen und Freizeittätten verbunden ist, hat der DBJR nach wie vor keinen Platz. Der Widerspruch zwischen Worten und Taten im DBJR wird an dieser Stelle überdeutlich. „Diese Entscheidung steht in offenem Widerspruch zu einer Entwicklung der fortschrittlichen Jugendbewegung in der BRD, in der die Zusammenarbeit z.B. in den Kampagnen zur Sicherung des Friedens, der Vietnamsolidarität, der Festivalvorbereitung, der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und gegen Berufsverbote ständig wächst. Für die Jugendlichen, die die SDAJ in diesen Kampagnen als aktiven und solidarischen Verband kennenlernten, wird diese Entscheidung unverständlich sein“, – dies erklärte der SDAJ-Bundesvorstand zur Ablehnung des Aufnahmeantrages. Der DBJR ist aus seiner Verantwortung, die Probleme des Selbstverständnisses und damit die reale Entwicklung der demokratischen Jugendbewegung eben – so wie die Aufnahme der SDAJ positiv zu klären, nicht entlassen. Die Dinge auf die lange Bank zu schieben, wird dem DBJR durch das wachsende Engagement der Jugend für ihre Interessen, das auch drängende Fragen an die Arbeit der DBJR-Verbände stellt, immer schwieriger.



Bis auf den letzten Stehplatz ausgebucht: der Goldsaal der Westfalenhalle.



Der Goldsaal der Dortmunder Westfalenhalle war total ausgebucht. Kaum ein Stehplatz blieb übrig, als über 2 000 Leser zum Pressefest ihres sozialistischen Jugendmagazins elan erschienen. 15 Jahre elan – das war auch Anlaß zur Teilnahme für Redakteure von Bruderzeitungen aus der Sowjetunion, der Demokratischen Republik Vietnam, der DDR, Frankreichs, Polens, Ungarns, Rumäniens, Westberlins, Dänemarks und des Weltbundes Demokratischer Jugend. Die Jugendzeitungen der CSSR hatten für das Pressefest sogar ein Extrablatt in deutscher Sprache produziert! „Spaß mit elan“ hieß die Parole, als die Bühne des Goldsaals für vielfältige Auftritte freigegeben wurde. Bei elan waren zu Gast: Dieter Süverkrüp, Dietrich Kittner, Floh de Cologne, Hartmut König mit der Singegruppe Leipzig aus der DDR, Joan und José aus Spanien, Klaus Lachmann, Peter Schütt und zahlreiche Singegruppen unseres Landes. Sie alle machten deutlich: Arbeiterjugend kämpft mit der Arbeiterjugendpresse. Das sozialistische Jugendmagazin elan muß im Interesse der Arbeiterjugend noch stärker werden!



„Zum 15. Jahrestag des sozialistischen Jugendmagazins elan beglückwünscht Euch das Büro des Weltbundes Demokratischer Jugend auf das herzlichste. Wir verbinden diese Wünsche mit unserem Dank für den großen Beitrag, den Eure Zeitschrift bei der Verwirklichung der Ideale des WBDJ – breite Kräfte der Jugendbewegung im Kampf für den Frieden, für die Unabhängigkeit der Völker, für Demokratie und Fortschritt, für die Rechte der Jugend zu vereinen – geleistet hat.“

Mit diesen Worten leitete Werner Voigt, Leiter der Presseabteilung des WBDJ, den Hauptknüller des elan-Pressefestes ein. Von roten Nelken und stürmischen Beifall begleitet bekam elan aus seinen Händen ein einmaliges Geburtstagsgeschenk: das Diplom des WBDJ für besonderen Einsatz



75 JAHRE elan

im antiimperialistischen Kampf, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt. Diese höchste Auszeichnung des Weltbundes wurde erst zum sechsten Male vergeben (zuvor u.a. an Fidel Castro, Sekou Touré und Amicab Cabral).

elan-Chefredakteur Hans-Jörg Hennecke erklärte, daß mit dieser Auszeichnung nicht allein die Tätigkeit von elan-Herausgebern, Verlag und Redaktion gewürdigt werde, sondern insbesondere der unermüdliche Einsatz tausender Leser, ohne die der Erfolg des sozialistischen Jugendmagazins in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen wäre.

Ein weiterer Höhepunkt des Pressefestes war ohne Zweifel der Besuch einer Jugenddelegation aus der Demokratischen Republik Vietnam. Unter ihnen ein Vertreter der elan-Bruderzeitung in Hanoi „Vorhut“. Die Vietnamesen besuchten auf Einladung des Initiativ Ausschusses X. Weltfestspiele die BRD.

Bunt war das siebenstündige Pressefestprogramm in jeder Hinsicht. Da waren Informationsstände der in- und ausländischen elan-Bruderzeitungen und Verlage zu besichtigen. Ein Filmfestival gehörte ebenso zu den Attraktionen wie das Schaulager unseres Karrikaturisten Walter Kurowski („Kuro“).

Außerdem hatte elan alle Songgruppen eingeladen, die sich am Wettbewerb „Macht Lieder zum Festival“ beteiligt hatten. Im Nachmittagsprogramm kam es dann vor den kritischen Ohren einer Jury zum Gesangswettstreit. Die erstplacierte Gruppe sollte als Auszeichnung im Abendprogramm auftreten. Aber schließlich wurden es doch zwei Gruppen, die nach Jury-Auffassung gleichwertig vorn lagen: die Münchener und die Bremer Songgruppe.

Zahlreiche Grußtelegramme und -schreiben gingen zum Pressefest zu. Unter anderem von Kurt Bachmann, dem Vorsitzenden der DKP und den bei der Fete des Gewerkschaftsmagazins Ran (das am Tag zuvor zum Pressefest nach Recklinghausen eingeladen hatte) vertretenen Recklinghäuser Jugendverbänden (SDAJ, Juso, DFG-IDK, Falken und DGB-Jugend).

Auf das elan-Pressesfest folgte ein gemeinsames Seminar mit Vertretern der Jugendpresse aus halb Europa, sowie ein breites Informationsprogramm über den Kampf der Jugend in der Bundesrepublik um ihre Grundrechte.

Zahlreiche
Songgruppen
präsentierten
ihre
Festivallieder

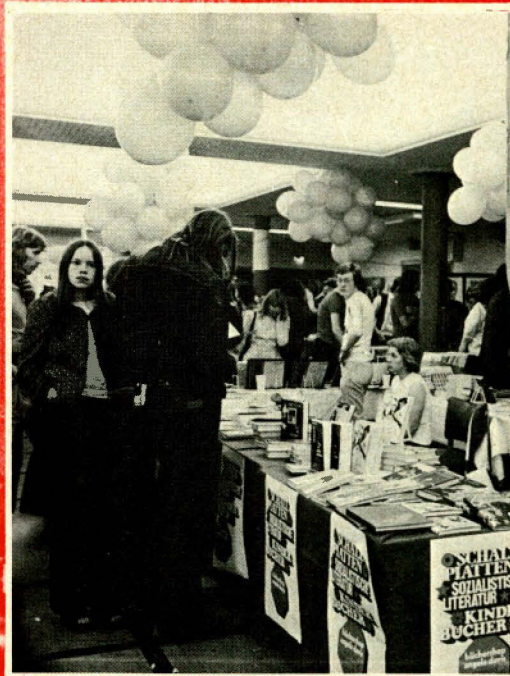


Gäste aus der DDR:
Hartmut König mit
der Singgruppe Leipzig.



Der Hauptknüller
des Pressefestes: Werner
Voigt (links)
verleiht dem Jugendmagazin
elan das Diplom
des Weltbundes Demokratischer
Jugend.

Arbeiterjugend
kämpft mit



Informationsstände der
Bruderzeitungen aus halb Europa
fanden lebhaftes Interesse.



Empfang für elan und
seine Gäste beim
Partei Vorstand der DKP.



Im Auftrag des
Dortmunder Oberbürgermeisters
empfängt Kulturdezernent Dr.
Spielhoff (zweiter von rechts)
elan und seine Gäste.

UZ- täglich gegen die Bosse

Die UZ wird Tageszeitung. Warum die Zeitung der DKP jetzt ihre Erscheinungsweise umstellt und was an der UZ-Tageszeitung gerade für junge Leute interessant ist – darüber sprach Hans-Jörg Hennecke mit UZ-Chefredakteur Georg Polikeit.

elan: Die UZ wird Tageszeitung. Warum gerade jetzt? Welchen Wert und welche Bedeutung hat die UZ für die arbeitende Jugend?

Georg Polikeit: Wer sich aufmerksam in der politischen Landschaft umsieht, der sieht, daß wir in der Bundesrepublik vor einer spürbaren Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen stehen. Die Lohnkämpfe dieses Frühjahres und Sommers, der zunehmende Protest gegen die inflationäre Preistreiberei des Großkapitals, die Kämpfe gegen die Abwälzung aller Lasten und Risiken des kapitalistischen Profitsystems auf die arbeitenden Menschen, die Aktionen der Jugend für eine fortschrittliche Berufsausbildung, für mehr Rechte, für bessere Freizeiteinrichtungen, aber auch die Bewegungen gegen das undemokratische Berufsverbot, für die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa, für Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungskämpfen der Völker bezeugen das. **elan:** ... und hier fehlt eigentlich bis jetzt die tägliche Information, ein Gegengewicht gegen die Meinungsmanipulation durch die Massenmedien?

Georg Polikeit: Ganz recht. Was fehlt, ist die tägliche Information über all das, was die arbeitenden Menschen dieses Landes fordern, und was sie tun, um diese, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Fernsehen und Rundfunk sowie die bürgerliche Tagespresse berichten darüber nur wenig, und dieses Wenige meistens verfälscht und entstellt. Die UZ als Tageszeitung ist notwendig, damit die arbeitenden Menschen in diesem Land endlich ein tägliches Sprachrohr haben, mit dem sie ihre Ziele und Forderungen bekanntmachen können, eine Zeitung, die sie täglich darüber informiert, was von Flensburg bis Konstanz los ist an demokratischen Aktionen der arbeitenden Menschen gegen die Macht- und Profitpolitik der großen Bosse. **elan:** Wer am Zeitungskiosk steht, hat die Auswahl zwischen vielen Tageszeitungen. Außerdem gibt es Rundfunk und Fernsehen. Kann die UZ mehr bieten?

Georg Polikeit: Die UZ bietet genau das, was alle anderen nicht bieten können:



Georg Polikeit (rechts): Keine heuchlerische „Neutralität“

Wahrheitsgetreue und ungeschminkte Information über Leben und Kampf der arbeitenden Menschen. Die bürgerliche Presse einschließlich Rundfunk und Fernsehen kleiden sich zwar in den Mantel scheinbarer „Objektivität“ – aber in Wahrheit ergreifen sie in der Grundlinie stets die Partei des herrschenden großkapitalistischen Systems. Wo hätten sie jemals klar und unzweideutig gesagt, daß die Forderungen nach höheren Löhnen oder nach besserem Jugendarbeitsschutz berechtigt sind? Wo hätten sie jemals einen Streik für solche Forderungen unzweideutig unterstützt?

elan: Die UZ schmückt sich also nicht mit dem irreführenden Etikett der „Neutralität“ ...

Georg Polikeit: Nein! Die UZ bietet keine heuchlerische „Neutralität“, sie sagt klar und eindeutig, daß sie parteilich ist – nämlich parteilich für die Interessen der arbeitenden Menschen, gegen das Profit- und Machtstreben des Großkapitals. Parteilich für eine grundlegende demokratische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Parteilich für den Sozialismus. Die UZ wird die einzige Tageszeitung der Bundesrepublik sein, die der Meinungsmanipulation des Großkapitals täglich die Wahrheit der arbeitenden Menschen entgegensetzt.

elan: Für die Leser unseres Jugendmagazins ist sicherlich interessant, wie die UZ als Tageszeitung auf die Probleme der arbeiten-



Hamburg: 10 000. UZ an den „Mann“ gebracht

und lernenden Jugend eingehen wird, welchen Raum sie ihnen gibt? Georg Polikeit: Die UZ bemüht sich auch jetzt bereits als Wochenzeitung, die Probleme und Aktionen junger Menschen nicht nur auf einer speziellen Jugendseite abzuhandeln, sondern in allen Teilen der Zeitung aufzugreifen. Das wird bei einer Tageszeitung noch besser möglich sein. Selbstverständlich gibt es besondere Probleme der jungen Generation, die eine gesonderte Behandlung erfordern. Aber ihre Lösung ist eingebettet in die Fragen des allgemeinen Klassenkampfes gegen die Macht des Monopolkapitals. Deshalb tritt die UZ für die Verbindung des Kampfes der Jugend mit dem Kampf der Arbeiterklasse, mit dem allgemeinen Ringen um die Einschränkung und Überwindung der Macht des Großkapitals ein. Wir haben in Zusammenhang mit dem Übergang der UZ zum täglichen Erscheinen nur eine Bitte: daß uns möglichst viele Jugendliche helfen, die Probleme, die Forderungen und Aktionen der arbeitenden und lernenden Jugend besser als bisher in unserer Zeitung widerzuspiegeln – indem sie uns schreiben, uns informieren, in den verschiedenen Betrieben und Orten in dieser Beziehung vorgehen. Denn das ist doch klar: Über die Probleme und Aktivitäten der Jugend berich-

ten kann die UZ als Tageszeitung nur, wenn sie zuvor selbst darüber informiert wurde. Und diese Information kann nur aus den Reihen der gewerkschaftlich und politisch aktiven jungen Menschen selbst kommen.

elan: Ihr bereitet zur Zeit den Aufbau eines Netzes von Arbeiterkorrespondenten vor. Wenn wir die Bitte, die du eben ausgesprochen hast, richtig verstehen, dann ist die UZ-Redaktion auch an der Mitarbeit vieler junger Arbeiterkorrespondenten interessiert?

Georg Polikeit: So ist es. Wir würden uns freuen, wenn künftig noch mehr junge Arbeiter an der UZ mitarbeiten würden. Wir sind sehr daran interessiert, viele junge Arbeiterkorrespondenten zu gewinnen, die ständig über die Probleme und die Aktionen der Jugend berichten. Wir sehen darin einen großen Gewinn für die Tageszeitung. Aber unser Angebot gilt auch schon für die Periode bis zum Übergang.

elan: Ihr führt gegenwärtig eine große Kampagne, um feste Abonnenten für die Tageszeitung zu gewinnen. Warum legt ihr gerade auf das Abonnement so großen Wert?

Georg Polikeit: Eigentlich im Interesse der künftigen Leser der UZ. Nur wer die Tageszeitung abonniert, hat eine gewisse Sicher-

heit, daß er sie auch tatsächlich bekommt. Am Anfang wird die UZ als Tageszeitung noch nicht über ein so weitverzweigtes Netz täglicher Freiverkäufer verfügen können, daß man die Zeitung gewissermaßen an jeder größeren Straßenbahnhaltestelle kaufen kann. Wer sie abonniert, dem bringt sie die Post ins Haus. Außerdem kommt das Abonnement billiger.

In diesem Zusammenhang habe ich noch eine Anregung: Manche jugendliche Interessenten sagen uns, daß sie die Zeitung gerne nehmen würden, daß sie aber den Abonnementspreis beim besten Willen nicht aufbringen können. Wie wäre es in einem solchen Fall, wenn sich zwei oder drei Interessenten, die in der gleichen Gegend wohnen, zusammentun würden, um gemeinsam ein Abonnement zu bestellen und die Zeitung dann täglich untereinander auszutauschen? Und noch etwas: es sollte kein Jugendzentrum, keinen Jugendklub geben, wo fortschrittliche Jugendliche verkehren und die UZ nicht gehalten wird. Notfalls müßten interessierte Jugendliche sich zusammentun und gemeinsam fordern, daß die UZ abonniert wird – schon aus dem Grund, allen Jugendlichen eine unabhängige, demokratische Meinungsbildung zu ermöglichen.

Von Lebensqualität und denen, die ihre
Verbesserung verhindern

Von Hans-Jörg Hennecke

Obst ist gesund, Herr Minister!

„Der Mensch ist vom Betrieb nicht als Mensch, sondern als Funktion gefragt. Der Mensch als solcher ist für den Betrieb nichts, die Funktion die er ausüben kann, alles. Ganze Berufe fallen weg, und die Menschen, die sie ausüben, werden überflüssig, wenn sie nicht anders nutzbar sind: umgeschult oder ungelert... Da sie innerer Teil eines Ganzen, des Betriebes sind, sind sie ersetzbares Teil und – von der Kehrseite gesehen – Ersatzteile. Ersatzteile müssen griffbereit, daher eingeordnet, gekennzeichnet, katalogisiert sein, eine Nummer tragen. Das Wesentliche und Wichtige an ihnen ist die Nummer, die angibt, wie sie als Ersatzteil verwendet werden können. Ein Mensch aber, dessen Wichtigstes, dessen Wesensmerkmal für den Betrieb die Nummer ist, die er trägt, ist selber Nummer.“

Dr. Bischoff, Direktor der BASF, Ludwigshafen

„Mit besonderem Interesse haben wir vermerkt, daß jene Kreise, die es bisher als normal und selbstverständlich betrachteten, daß Arbeiter bei Hitze, Lärm, feuchter und staubiger Luft arbeiten und in lauten, rußigen und pflanzenlosen Blocks wohnen müssen, plötzlich den Umweltschutz entdecken. Ihnen wurde dieses Problem erst bewußt, als sie feststellten, daß auch ihre Villen durch Lärm, Müll und Abgase gefährdet sind.“

Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der IG Metall

Ein Wort ist in aller Munde, und doch in keinem Lexikon zu finden: Lebensqualität, oder Qualität des Lebens. Der Brockhaus bietet nur zum Stichwort „Qualität“ eine knappe Erklärung: Beschaffenheit, Eigenschaft. Was hat es mit unserer Lebensbeschaffenheit auf sich, daß sie nun auch von den herrschenden Politikern für verbesserungswürdig gehalten wird?

Schließlich wurde uns noch unlängst eingehämmert, daß es uns ganz prächtig gehe und grundsätzlich Veränderungen unnötig, ja gefährlich, seien.

Umweltschutz, Zukunft und Lebensqualität – das sind heute Begriffe, die unsere herrschenden Politiker mit verklärten Gesichtszügen äußern und mit ganzen Katalogen wohlklingender Versprechungen anbieten. Dr. Erhard Eppler, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sieht das Problem so: „Wir sprechen heute von Qualität des Lebens, obwohl wir nicht genau wissen, worin sie besteht, noch weniger, wie sie zu verwirklichen sei... Wir zweifeln, ob dies gut für die Menschen sei:

Was Minister Eppler nicht weiß

– immer breitere Straßen für immer mehr Autos; immer größere Kraftwerke für immer mehr Energiekonsum; immer aufwendigere Verpackung für immer fragwürdigere Konsumgüter; immer größere Flughäfen für immer schnellere Flugzeuge; immer mehr Pestizide (Pflanzenschutzmittel, d. Verf.) für immer reichere Ernten; und, nicht zu vergessen, immer mehr Menschen auf einem immer enger werdenden Globus.

Denn wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß dies auch bedeutet:

– immer schlechtere Luft; immer widerlichere Schutthalden; immer unerträglicherer Lärm; immer weniger sauberes Wasser; immer gereiztere Menschen; immer mehr Giftstoffe in den Organismen; und immer mehr Tote auf den Straßen.“ (1)

Der zweifelnde Minister Eppler, oftmals als „Linker“ apostrophiert, möchte mit derlei Thesen vermeiden, daß die einzig logische Schlußfolgerung gezogen wird: höhere Lebensqualität bedeutet unvermeidbar eine höhere Qualität der Gesellschaftsordnung. Um wieviel ehrlicher ist da der BASF-Direktor Dr. Bischoff, für den Arbeiter „Ersatzteile“ sind.

Die Qualität des Lebens in der Bundesrepublik wird durch die Tatsache bestimmt, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung 74 Prozent des Produktivvermögens besitzen. Daß wir trotz der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin den höchsten Rüstungsetat in der Geschichte der BRD haben – und dadurch dringend notwendige Reformen auf der Strecke bleiben. Daß die Preistreiber der Bosse Lohnerhöhungen und Sparkonten auffrischt („Qualität des Lebens hat auch etwas mit Quantität an Kaufkraft zu tun“ (2)). Daß Unternehmer-Profite hierzulande prinzipiell vor dem oft zitierten Gemeinwohl rangieren. Ein Beispiel für viele:

Eine gesundheitsgefährdende Dosis an Gift-

stoffen hat das Chemische Untersuchungsamt Hamm an Obst-Papiertüten festgestellt. Der Hersteller verwendet Giftstoffe, die am Obst haften bleiben und beim Menschen Leber- und Sehstörungen verursachen. Eine Aufforderung, das giftige Papier nicht mehr zu verwenden, mißachtete der Hersteller. Und prompt gab

Der Arbeiter als Nummer

ihm das Verwaltungsgericht Hamm recht: „Das private Interesse des Antragstellers ist in diesem Fall als vorrangig anzusehen.“

Scheinheiliger Aufdruck der Obsttüten: „Obst ist gesund!“ (3)

Insofern wird verständlich, daß die Unternehmer von der „scheinheiligen Parole ‚Lebensqualität‘“ sprechen (4).

Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der IG Metall, sprach deutlich aus, um was es grundsätzlich geht: „Wo aber Gewinnmaximierung zum ökonomischen Leitbild und zum bestimmenden Faktor des Wirtschaftens erhoben wird, kommen die Gemeinschaftsaufgaben zu kurz und rangiert das Menschsein hinter den Profiterwartungen einer Minderheit. Wir wollen eine geplante Wirtschaft, die durch gesellschaftspolitische Zielsetzungen gebunden und trotzdem effizient (wirkungsvoll, d. Verf.) ist.“ (5) Und Heinz Oskar Vetter, DGB-Bundesvorsitzender ergänzt: „Für uns ist der Umweltschutz ein gesellschaftliches Problem, das ohne die Gretchenfrage nach den Bedingungen privatwirtschaftlicher Produktion und privater Macht gar nicht gelöst werden kann.“ Und: „Wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums.“ (6) Deutlich wird, daß unter den Bedingungen der mit „Marktwirtschaft“ vornehm umschriebenen unternehmerischen Ausbeutungsordnung hierzulande keine menschenwürdige Qualität des Lebens erreichbar ist.

Und das bringt die Bosse und ihre herrschenden Politiker in arge Verlegenheit. Einerseits müssen sie bei Strafe ihres Untergangs an die Probleme Umweltschutz und Lebensqualität heran. Andererseits stehen sie vor dem Problem, daß ihre überholte Gesellschaftsordnung der entscheidende Hemmschuh für qualitative Veränderungen ist.

„Obst ist gesund“

Unser oberster Umweltschützer, Bundesinnenminister Genscher, formuliert deshalb eindeutig: Es „soll keine Hetzjagd nach Umweltsündern veranstaltet oder die Marktwirtschaft über Bord geworfen werden... Die Leistungstüchtigkeit der Marktwirtschaft wird sich auch bei der Lösung des Umweltproblems in eindrucksvoller Weise bestätigen... Umweltschutz

wird bei uns kein Hebel zur Systemüberwindung sein“. (7) Darauf kann man nur antworten: Obst ist gesund, Herr Minister! Der Kampf um ein menschenwürdiges Dasein wird in vielfältigen Formen geführt. Eine bedeutende Rolle in der Auseinandersetzung um bessere Lebensqualität kommt den Gewerkschaften zu. Und die wissen im Gegensatz zu Minister Eppler, was sich hinter dem Begriff Lebensqualität verbirgt. Nämlich:

„Eine bessere Qualität der Bildung, der Umwelt, des Gesundheitswesens, der Regionalentwicklung, der Planung und Finanzierung und dies alles muß begleitet sein von einer Demokratisierung aller Lebensbereiche... Die Verbesserung der Lebensqualität ist nur dann möglich, wenn der Krieg als Mittel der Politik geächtet wird und endgültig in die Gefilde der Vergangenheit verbannt wird. Zu dieser Ächtung gehört:

– Abbau der Rüstungen und Rüstungshaushalte! Kontrollierter gegenseitiger Abbau der Truppenstärken und Abschluß weiterer internationaler Vereinbarungen über Kontrollen, Verbot und Vernichtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen und Kampfstoffe. Verbesserung der Lebensqualität heißt auch: ein entschiedenes Ja zu einer Politik des Friedens, der Entspannung, der Völkerverständigung und der internationalen Solidarität!“ (8)

Resümee: „Die Marktwirtschaft ist mit ihrer Scheinrationalität nicht in der Lage, den öffentlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.“ (9)

Kampf für bessere Lebensqualität ist also an ganz konkreten Aufgaben orientiert. Zum Beispiel an denen, die in den „5 Grundrechten der Jugend“ (10) formuliert wurden:

+ Grundrecht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsausbildung.

+ Grundrecht der Jugend auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung.

+ Grundrecht der Jugend auf sinnvolle Freizeit, auf Erholung, Sport und Gesundheit.

+ Grundrecht der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie.

+ Grundrecht der Jugend in Frieden zu leben und zu arbeiten – ohne Militarismus und Neonazismus.

Quellen:

(1) „Aufgabe Zukunft, Qualität des Lebens“ – 4. internationale Arbeitstagung der IG Metall 1972, Band 1: Zusammenstellung der Referate zum Thema „Qualität des Lebens“, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. Die Sammlung besteht insgesamt aus zehn Bänden (Einzelpreis DM 9) und stellt ein wichtiges Informations- und Hintergrundmaterial für alle dar, die sich mit den drängenden Problemen der Zukunft beschäftigen.

(2) Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall

(3) ppa, 13.2.73

(4) Dr. Heinrichsbauer in „Der Arbeitgeber“, 9/73

(5) siehe (1)

(6) ebendo

(7) Rede beim 15. Mainauer Gespräch am 18.5.73 auf der Insel Mainau.

(8) siehe (1)

(9) ebendo

(10) Beschlossen vom 3. Bundeskongreß der SDAJ, Stuttgart 1972. Erhältlich beim SDAJ-Bundesvorstand, 46 Dortmund, Sonnenschein-gasse 8.

Das Festival

Vom 28. Juli bis zum 5. August dieses Jahres werden in Berlin die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten abgehalten. In Moldawien ebenso wie in anderen Sowjetrepubliken erhaltete sich eine intensive Vorbereitung auf dieses Weltforum. Diese Arbeit wird von den Festivalkomitees geleitet. Ein solches Komitee besteht auch in der Seidenfabrik Bendery, einem der größten Textilbetriebe der Moldauischen SSR.

Von unserem Moskauer Korrespondenten Wadim Churbanow



Das Seidenkombinat Bendery erzeugte seit seiner Gründung vor fünfzehn Jahren soviel Stoffe, daß sie ausreichen würden, um die Erde am Äquator mehrmals zu umgürten. Im Kombinat arbeiten viele Jugendliche, die in 26 Produktionsbrigaden vereinigt sind. Die mehr als 1 000 Komsomolzen des Betriebes sind Urheber interessanter Initiativen. Auf ihre Anregung wurden die Vorbereitungen auf das X. Weltfestival der Jugend und Studenten in Berlin eingeleitet. Sie gründeten ein Festivalkomitee mit dem Betriebsdirektor Leonid Makarewitsch an der Spitze. Dem Komitee gehören Schrittmacher der Produktion, Mitarbeiter des Betriebskulturlhauses, Laienkünstler, Redakteure der Betriebszeitung und der Betriebsfunkredaktion, Vertreter der Partei-, Komsomol- und Gewerkschaftsorganisation an.

„Der Erfolg unserer Vorbereitungen hängt natürlich davon ab, wieviele junge Arbeiter daran teilnehmen werden“, meint Leonid Makarewitsch. „Deshalb kommt es jetzt darauf an, einen jeden zur Aktivität anzuregen.“ Das Festival ist ein Fest und jede damit verbundene Aktion gestaltet sich zu einem eindrucksvollen Ereignis. Gegenwärtig finden in den Betriebsabteilungen

und die jungen Weber von Moldawien

MOLDAUISCHE
SOZIALISTISCHE
SOWJETREPUBLIK
Fläche 33 700 km²
Bevölkerung 3 669 000
Hauptstadt Kischinjow
(395 000 Einwohner)



des Kombinats Wettbewerbe des Berufskönnens statt. Das sind Feste der Arbeit nicht allein für die Jugend der jeweiligen Abteilung, sondern auch für die ganze Betriebsbelegschaft. Den Siegern werden die Ehrentitel „Der Beste in seinem Beruf“, „Schrittmacher der Produktion“, „Meister mit goldenen Händen“ zuerkannt. Im Rahmen der Vorbereitungen auf das Festival entfaltet die Jugendbrigaden einen Wettbewerb unter dem Motto: „Folgt dem Beispiel Valentina Firsowas“. Diese Weberin bewältigt im Laufe von sechs Stunden eine Sieben-Stunden-Leistungsnorm. Vom Verlauf des Wettbewerbs berichten die Betriebszeitung „Schelkowik“, die Wandzeitungen und auch die speziellen Stände. In den Werkabteilungen wurden auch Festivalbrigaden gebildet, welche die Arbeiter über die Festivalvorbereitungen der Jugend in der Sowjetunion und im Ausland informieren. Die beste Brigade wird den Sonderpreis des Betriebsfestivalkomitees erhalten. Am Vorabend des Berliner Forums veranstaltet die Jugend von Bendery einen Wettbewerb unter dem Motto „Deine Freizeit“. Von der Freizeitgestaltung der Weber wurde auf einer Sitzung des Festivalkomitees des Betriebes berichtet. Man beschloß, ei-

nen Abend zu veranstalten, auf dem die Jugend jeder Produktionsbrigade kurze Novellen vortragen, Schlager singen und an der Diskussion zum Thema „Wurde die Erde von Gästen aus dem Weltall besucht?“ teilnehmen sollen. Auf dem Programm stehen ferner ein Wettbewerb von Köchinnen und eine Ausstellung der Arbeiten von Fotoamateuren. Auf vollen Touren laufen die Vorbereitungen auch in dem Jugendensemble „Prietenija“ (Freundschaft). Der Name verdeutlicht das Hauptanliegen der Truppe, die Völkerfreundschaft zu festigen. Das Repertoire der Laienkünstler enthält Tänze Moldawiens und anderer Völker der Sowjetunion. Leiter des Ensembles, dem Weberinnen, Schlosser und Elektromonteur angehören, ist die Chemieingenieurin Tamara Sarizkaja. Das „Prietenija“-Ensemble ist bereits in Moskau und in anderen Städten der Sowjetunion, auf dem Arbeiterjugendfestival in der DDR und vor dänischen Werftarbeitern aufgetreten. Den jungen Laienkünstlern wurde überall ein herzlicher Empfang bereitet. Sie brachten so viele Geschenke und Souvenirs heim, daß man dafür sogar ein kleines Museum einrichten mußte.

Im Sommer werden die jungen Arbeiter des Kombinats einen Marsch zu Gedenkstätten des sozialistischen Aufbaus und vergangener Kämpfe unternehmen, an denen sich ihre Väter beteiligt haben. Einen besonderen Platz nimmt im Programm des Festivalkomitees der Sport ein. Gegenwärtig findet eine Spartakiade statt, deren Teilnehmer die Normen sportlicher Leistungsklassen erfüllen und danach mit entsprechenden Abzeichen und Titeln ausgezeichnet werden. Alle Jungen und Mädchen des Kombinats arbeiten in ihrer Freizeit beim Bau eines neuen Sportkomplexes. Ebenso wie bei den vorangegangenen Weltfestspielen wird auf dem Kombinat auch diesmal ein Tag der Mädchen veranstaltet. Zur Miß dieses Wettbewerbes soll das charmanteste, erfindarichste und wissendste Mädchen gewählt werden. Als Abschluß findet ein Galafest statt, auf dem die Ergebnisse der Tätigkeit der jungen Betriebsarbeiter zusammengefaßt und die Namen der Besten genannt werden, die nach Berlin fahren sollen. Die Sieger der Wettbewerbe werden mit Preisen ausgezeichnet. Im Anschluß wird ein fröhliches Jugendtanzfest veranstaltet.

DEMOKRATIE IN DIE BUNDESWEHR

**Neuer ADS in Stade
gegründet
Solidarität für
„Abteilung Kehrt“
Einschüchterungs-
versuche durch
MAD, Verhöre und
Prozesse**

Von Georg Rohde

Trotz heftiger Behinderungen hat sich innerhalb der 3. Panzerdivision der Bundeswehr in Niedersachsen ein neuer Arbeitskreis Demokratischer Soldaten (ADS) gebildet.

Am 17. Mai 1973 fand in Stade die Auftaktveranstaltung des ADS-Stade statt, auf der die Hauptaufgaben dieses Kreises demokratischer Soldaten genannt wurden: Informationen über die rechtliche Situation der Wehrpflichtigen zu geben, Kampf für die soziale und rechtliche Besserstellung der Wehrpflichtigen auf, sich nicht für die Demokratie in der Bundeswehr. Grundlage der Arbeit soll auch in Stade die Wehrpflichtigen-Studie „Soldat '70“ sein.

„Am 13.5.1973 wurde in Cuxhaven/Altenwalde vor der Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne die erste Ausgabe der Zeitung „Ab-

teilung Kehrt“ verteilt. Diese Zeitung wird von demokratischen Wehrpflichtigen herausgegeben, die über die rechtliche Situation der Wehrpflichtigen informieren wollen, sowie für eine soziale und rechtliche Besserstellung der Wehrpflichtigen eintreten.

Nachdem der Versuch der örtlichen Polizei, die Verteilung der Zeitung zu stören, mißlang, folgten von Seiten des Bataillonskommandeurs des Panzerbataillons 74, Oberstleutnant Engel, repressive Maßnahmen: Auf einem Bataillonsappell drei Tage später unterstellte er den Herausgebern dieser Zeitung, Wehrkraftzersetzung zu betreiben, sowie Unruhe in die Truppe zu tragen. Weiter drohte er mit der Bestrafung von Soldaten, die an der Erstellung der Zeitung beteiligt waren.

Am 18.5.73 wurden ‚verdächtige‘ Soldaten sowohl vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) als auch vom Kommandeur stundenlang verhört. Hierbei wurde erneut versucht, durch Androhung von Disziplinarstrafen, Versetzung und Zivilverfahren, die Soldaten einzuschüchtern. Wir fordern alle Wehrpflichtigen auf, sich nicht durch derartige Methoden beirren und vom demokratischen Kampf abhalten zu lassen.

Wir fordern alle demokratischen Kräfte – insbesondere die Jugendorganisationen – der BRD auf, den demokratischen Kampf der Wehrpflichtigen zu unterstützen und sich mit uns

für eine freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in den Kasernen einzusetzen. Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Lüneburg, Arbeitskreis Demokratischer Soldaten in Hamburg, Soldateninitiative Rheine, Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Stade, Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Dörverden, Soldateninitiative Neumünster, Arbeitskreis Demokratischer Soldaten Achim“.

„Aber auch in unserem Staat machen sich mehr und mehr Kräfte breit, vom Osten eingeschleust und unterstützt, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zerstören wollen. Auch in unserem Bataillon gibt es Soldaten, die im Untergrund wühlen und zersetzende Tätigkeiten ausüben, um so das Vertrauen zu ihren Vorgesetzten zu untergraben.

Das, meine Soldaten, sind Tatsachen, vor denen Sie nicht die Augen verschließen dürfen. Diese Tatsachen beweisen, daß die Sowjets nach wie vor die Ausdehnung ihres Machtbereiches anstreben. Unsere Sicherheit und unsere Freiheit sind bedroht, und die Freiheit dieser unserer Sicherheit ist Aufgabe und Pflicht aller Bürger.“ Diese Kalte-Kriegs-Rede hielt der Bundeswehr-Oberstleutnant Wirth am 20. September 1971 in der Marburger Tannenbergs-Kaserne. Zur Rechenschaft gezogen für seine friedensfeindliche Hetze wurde er nie. Bestraft werden soll aber der

Fähnrich der Reserve Hans Junker, der sich zur gleichen Zeit mit anderen Wehrpflichtigen für die Rechte seiner Kameraden und für eine aktive Friedenspolitik einsetzte.

Auf einer Pressekonferenz am 15. Mai 1973 in Wiesbaden antwortete Hans Junker auf die Anschuldigungsschrift des Wehrdisziplinaranwalts. Unter anderem stellte er fest:

„Der Wehrdisziplinaranwalt beim Truppendienstgericht Mitte... schuldigt mich an... ich sei 1. durch mein ‚unruhige Verhalten‘ der ‚Achtung und dem Vertrauen nicht gerecht geworden, die für (m)eine Wiederverwendung in meinen Dienstgrad und als Vorgesetzter erforderlich sind‘, und 2. soll ich mich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt haben.“

Gemeint ist vor allen Dingen die Mitarbeit Hans Junkers an der demokratischen Soldatenzeitung „Rührt Euch“ in Marburg.

Besonders empörend ist aber auch der Versuch der Militärgerichtsbarkeit, auf die Rechtsprechung im zivilen Bereich Einfluß zu nehmen.

Denn angegriffen werden in der Anschuldigungsschrift alle, die „Freiheit für Soldat '70“ gefordert haben; die sich für die Rechte der Soldaten in der Bundeswehr einsetzen: die DGB-Jugend, Jungsozialisten, Jungdemokraten, SDAJ, Naturfreundejugend.



Antiimperialisti— sches Informations — bulletin 5/1973

Das Antiimperialistische Informationsbulletin erscheint monatlich und berichtet in Dokumenten, Analysen und Kurzinformationen über antiimperialistische Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie über die neokolonialistische Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der imperialistischen Staaten, insbesondere der BRD.

Antiimperialistisches Informationsbulletin 5/1973

bringt u.a.:

- Wolfram Bröner
Israel in der imperialistischen
Globalstrategie
- Salim Mikael
Zur Lage des palästinensischen
Widerstandes
- Dokumente und Materialien über die
Aggressionspolitik Israels und die Un-
terstützung durch die BRD

Bestellungen:

p.A. Barbara Schilling, 355 Marburg,
Liebigstraße 46

Preis:

Einzelheft DM 1,50; Jahresabonnement
(einschl. Porto) DM 15,—

Ich bestelle hiermit

..... Einzelexemplar(e) Nr.
..... das AIB für ein Jahr.

(Name) _____

(Adresse) _____

(Datum) _____

(Unterschrift) _____

Roter Kuckuck

Im Juni 1972 wurde ich aus der Realschule entlassen und ließ mich vom Arbeitsamt „beraten“. Da ich Krankenschwester werden wollte, vermittelte es mir eine Stelle als Vorschülerin im evangelischen Krankenhaus Dinslaken. Dort unterschied ich mich nur soweit von den Putzfrauen, daß ich die Tracht der Vorschülerinnen statt eines Kittels trug. Fenster putzen, Betten waschen, Pfannen reinigen, Räume putzen war das einzige, was ich tun durfte.

Ich ging zum Arbeitsamt und verlangte eine neue Lehrstelle. Man versprach mir, daß ich jetzt das Richtige bekäme, etwas „Abwechslungsreiches“. Als Großhandelskaufmann saß ich nun fast den ganzen Tag in einem dunklen kalten Raum des Diplom-Kaufmanns Dr. Stallmann. Dort sollte ich mir schnell die Kenntnisse der Buchführung aneignen (schließlich war ich der einzige „Mitarbeiter“). Weil mein Vater Bergmann ist, gab mir der Chef statt 60 DM 100 DM als Ausbildungsbeihilfe.

Als mir dies zu bunt wurde und ich beim Arbeitsamt auf den Tisch schlug, wies man mich einem „annehmbaren“ Ausbildungsbetrieb zu.

Als ich jetzt von der Aktion Roter Kuckuck erfuhr, versäumte ich es nicht, das evangelische Krankenhaus, die Wohnungstür des Herrn Stallmann und die Tür des „beratenden“ Arbeitsamtes mit einem Roten Kuckuck zu versehen.

Eva-Judith Tricoit, Dinslaken

Ich habe mich in der letzten Zeit ein wenig umgesehen: da gibt es ja allerhand, was in den Bann der Aktion Roter Kuckuck gehört! Ich möchte da mitmachen. Schickt mir ein paar Pfandsiegel der Arbeiterjugend.

Jürgen Hockauf, Hamburg

Keine Auseinandersetzung?

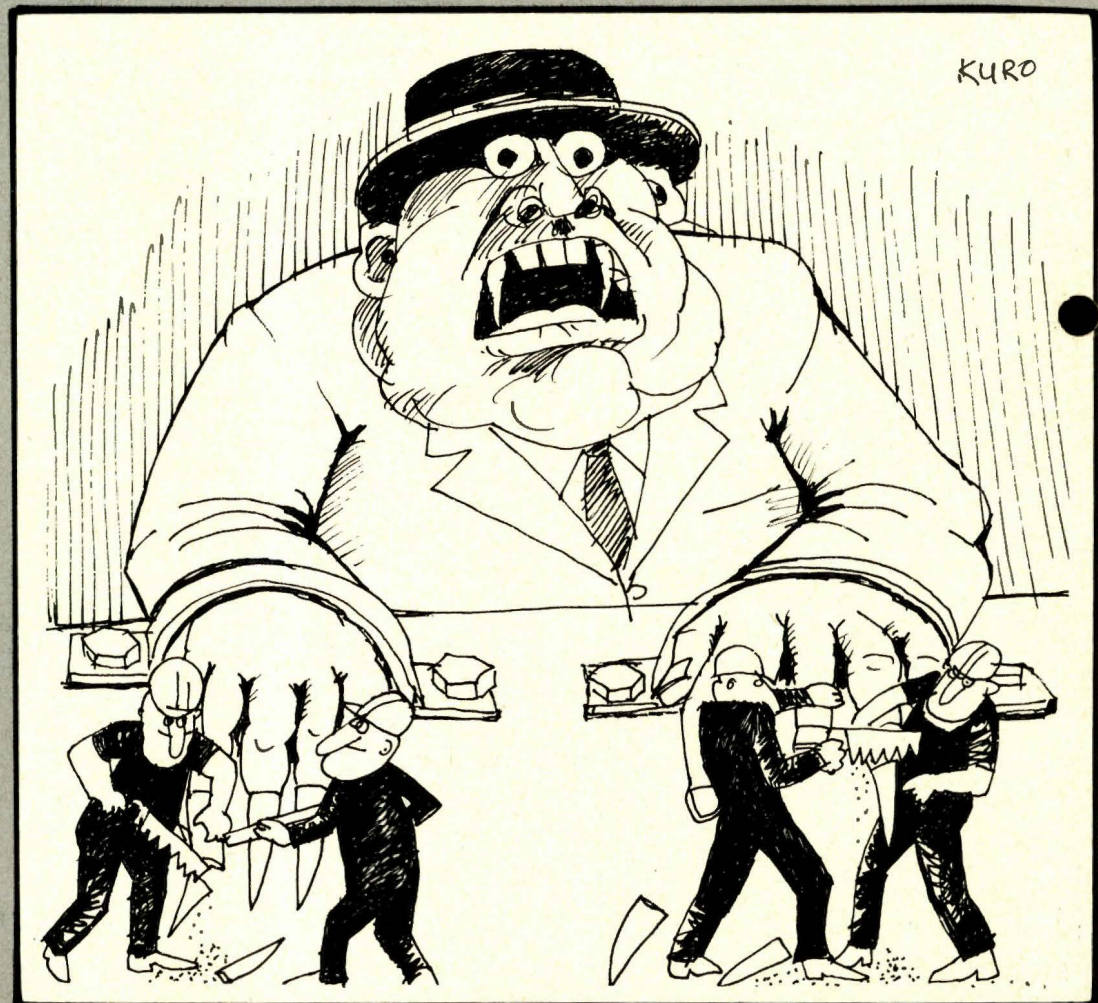
In unserer Schule haben einige Lehrer die Angewohnheit, alles, was von links kommt, zu unterdrücken. Mit Sprüchen, wie: alles einreißen und nichts aufbauen können, wer einigermaßen intelligent ist, wird so etwas nicht denken usw., versuchen sie uns zu beeinflussen. Der 1. Mai wird als Parolenschreierei abgetan. Deshalb brauche ich dringend den Roten Kuckuck.

Frank Bober, Langenhagen

Gut, daß Ihr Euch einmal ganz offensiv mit den Chaoten und Linkswichsern auseinandergesetzt habt. Diese Sektierer haben in der letzten Zeit der fortschrittlichen Bewegung so viel Schaden zugefügt, daß man wirklich bald glauben muß, daß sie der Gegner erfunden hat. Diese Politrocke sind weder links noch sozialistisch. Deshalb kann es mit ihnen auch keiner-

lei gemeinsame Aktionen geben, weil wird sonst ganz einfach unglaubwürdig werden. Natürlich müssen wir versuchen, die gutmeinenden jungen und noch unerfahrenen Leute, die den Obermaoisten und -trotskisten auf den Leim gekrochen sind, eines besseren zu belehren. Am besten machen wir das, wenn wir die fortschrittliche Jugendbewegung stärken und noch aktiver werden.

Hartmut Kowsky, Oberhausen



Lehrlings-Traum

Treffpunkt Festival Berlin

Da kam Stimmung in den Goldsaal – echte Festival-Stimmung! Zum 15. Geburtstag von elan führten zehn Singgruppen ihre Festival-Lieder vor. Der Jury wurde es nicht leicht gemacht. Sie konnte sich

nicht dazu durchringen, einen Sieger zu bestimmen. Neben alten routinierten Gruppen wie den Münchnern, den Bonnern und den Hamburger Liedermachern traten junge Gruppen wie die Neußer und Düsseldorf-

fer auf, die erst seit wenigen Monaten zusammen sind. Alle Gruppen kamen beim Publikum groß an.

Auf diesen Seiten bringen wir einige Texte der Festival-Lieder.

Aus Australien kommt der Docker Johnny von Boykott und Sieg über Nixons Krieg erzählt Kollege Johnny Treffpunkt Festival Berlin

Ahmed ist Student und will Lehrer werden Fortschritt für sein Land mit uns Hand in Hand will Ahmed aus Algerien Treffpunkt Festival Berlin

Refrain: Treffpunkt Festival . . .

Nguyen denkt an das frisch gepflanzte Reisfeld das den Frieden braucht sie erkämpft ihn auch!

Wer zu Vietnam hält: Treffpunkt Festival Berlin

Juanita auch aus Santiago/Chile

weiß, daß Volkseinheit erst das Volk befreit gemeinsam sind wir viele! Treffpunkt Festival Berlin

Refrain: Treffpunkt Festival . . .

Lehrling Fritz aus Bonn kommt vom demonstrieren gegens Kapital international solidarisieren!

Treffpunkt Festival Berlin

Refrain: Treffpunkt Festival . . .

Treffpunkt Festival Berlin gegen Krieg, für den Sieg über Ausbeutung und Not das heißt Solidarität der Jugend dieser Welt Solidarität!

Text: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt, Bonn Musik: Bonner Songgruppe Solidarität.



In den Kolonien von Portugal droht Vernichtung überall; kämpft gegen Hunger, Ausbeutung und Tod, nur vereinte Kraft schafft ab diese Not.

Unterdrückte Völker dieser Welt – wenn's den Herrschenden auch nicht gefällt – befreien sich von fremder Macht, in Chile heut' die Volksfront lacht.

★

30jähriger Widerstand der Befreiungsfront in Vietnam, zwang die Amis in die Knie, den Völkermord vergißt man nie!

Doch wachsam sein, nicht nachlassen, noch klingen volle Rüstungskassen; das Kriegsgeschäft zum Himmel stinkt, Uncle Sam immer tiefer sinkt.

★

Die Menschen hier in diesem Staat, sie haben bald das Zahlen satt; Geld für hohe Rüstungskosten, wofür – der Feind steht nicht im Osten.

Text: Frankfurter Songgruppe Musik: Peter Neuwirth

Zu viele sind in diesem Land durch Mieten und Preise abgebrannt. Löhne fallen, Profite steigen; da können wir nicht länger schweigen!

★

Ausgebildet wirst du schlecht, oft behandelt wie ein Knecht, bis auf's letzte ausgenutzt, lernst noch, wie man richtig putzt.

Tritts du für deine Rechte ein, droht dir der Entlassungsschein; gemeinsam handeln das macht stark, der Bosse Macht sehr schnell versagt.

Gemeinsam wollen wir kämpfen, in einer breiten Front, für Frieden, den uns niemand stört, wenn dem Volk das Land und die Macht gehört.

Refrain:

Seht die Jugend dieser Welt, solidarisiert international; Treffpunkt Festival Berlin, zum Kampf dem Großkapital.



Münchener Songgruppe

**Wo ihr auch
kämpft –
ihr kämpft
nicht allein**

Wo ihr auch kämpfen mögt, ihr
Kämpft nicht allein.
Da sind Millionen, und die
Stehn für euch ein.
Und wo ein Sieg erkämpft wird in einem
Anderen Land
Bringt das auch euren Kampf ein
Stück mehr voran.

Das größte Beispiel für den Sieg
Ist heute Vietnam.
Und als das US-Mörderpack
Mit Gift und Napalm kam,
Da nahm die Jugend Vietnams
Den Helm und das Gewehr
Und jagt den Feind, woher er kam
Nach Hause über's Meer.
Seht ihn euch an, den Weltgendarm,
Wie er geschlagen geht
Geschlagen, weil sie weltweit war,
Die Solidarität.

Die Kupferminen Chiles hab'n
Bekanntlich neue Herrn.
Doch sowas wie die Volksfront hat
Das Weiße Haus nicht gern.
Drum karrt es sicher zentnerweis'
Agenten nach dorthin.
Da sind sie nun und starren auf
Allendes Wahlgewinn.
Nicht mal ein Putsch ist da mehr drin,
Wie's früher üblich war.
Denn Chiles Jugend kämpft mit der
Unidad Popular.

★

Und wozu sie noch fähig sind,
Die Herrn vom Kapital,
Das zeigt der Jugend dieser Welt
Der Watergate-Skandal.
Die sogenannte Freie Welt
Regiert ein Erz-Bandit.
Jedoch – es werden immer mehr,
Die spiel'n da nicht mehr mit.
Drum Hut ab vor den Boys und Girls,
Die sagen: Ist's auch fern,
Wir kämpfen, daß die Staaten mal
Ein Staat des Friedens werd'n.

★

Das Land, in dem wir Jugend sind,
Das ist nicht unser Staat.
Ihr wißt, wer da am Drücker ist
Und wer die Macht nicht hat.
Und wenn ein Streik und Lohnkampf ist
In einem Großkonzern,
Dann kann der Jungprolet die Macht
Persönlich kennenlernen'n.
Doch lernt er auch bei einem Streik,
Was für ihn wirklich zählt:
Proleten, wenn sie einig sind,
Schlägt keine Macht der Welt!

★

In seinen Zentren wehrt das Ka-
pital sich voller Haß
Es merkt, daß täglich sein Macht
Geringer wird, und daß
Der Einfluß jenes Teils der Welt
Der sozialistisch ist
Stets zunimmt, weil die Jugend dort
Das Kämpfen nicht vergißt
Ihr Kampf geht um die Produktion
Und den erfüllten Plan
Und wo sie siegreich ist bringt das
Auch unsern Kampf voran

Refrain:

Wo ihr auch kämpfen mögt, ihr
Kämpft nicht allein.
Da sind Millionen und die
Stehn für euch ein.
Und wo ein Sieg erkämpft wird in einem
Anderen Land,
Bringt das auch euren Kampf ein
Stück mehr voran.

Text und Musik: Münchner Songgruppe

★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

**Was ist denn los
in diesem Sommer
in Berlin
in der DDR?**

Aus Paris der Pierre berichtet,
was der große Streik geschafft,
und der Wanja aus Sibirien
singt von Strom aus Wasserkraft.
Angela aus USA
reicht dem Thu aus Hanoi die Hand
und Ngo aus Afrika
macht sich mit Kerstin bekannt.

Refr.:
Die demokratische Jugend der ganzen Welt,
sie ist in diesem Sommer auf Berlin eingestellt.

**Was wollen wir
in diesem Sommer
in Berlin
in der DDR?**

Pierre, wie stehts an eurer Uni?
Habt ihr Mitbestimmung schon?
Wird bei euch auch alles teurer?
Kriegt ihr auch so wenig Lohn?
Habt ihr auch Angst vor dem Krieg?
Was wollen wir gemeinsam tun?
Gleiche Herren haben wir,
einig handeln heißt es nun!

Refr.:
Die demokratische Jugend der ganzen Welt,
sie ist in diesem Sommer auf Berlin eingestellt.

Text: Die Liedermacher Musik: Thomas Jahn

**Wer schaut denn böse
in diesem Sommer
nach Berlin
auf die DDR?**

Die Krupps und Thyssen, Abs und Springer,
Bölkow und Franz-Josef Strauß,
Der Franco und Athener Junta,
Mister Nixon im Weißen Haus:
Alle, die am Krieg verdienen
und die deren Helfer sind,
denn sie fürchten, daß der Frieden
ihnen die Profite nimmt.

Refr.:
Die demokratische Jugend der ganzen Welt,
sie ist in diesem Sommer auf Berlin eingestellt.

**Warum fahren wir
in diesem Sommer
nach Berlin
in die DDR?**

Unsere Freundschaft soll uns stärken
für den Kampf im eigenen Land.
Auch die Jugend unsres Landes
reicht dazu die Freundeshand.
In friedlicher Zusammenarbeit
werden wir uns gut verstehn.
Das läßt sich machen, und das soll die Welt sehn,
wenn wir hier und auch nachher zusammenstehn!

Refr.:
Die demokratische Jugend der ganzen Welt,
sie ist in diesem Sommer auf Berlin eingestellt.

Der Tag der großen Arbeit

Es wird kommen ein Tag mit viel Arbeit
auf dem Feld, in der Schule, im Schacht
denn in allen Ländern der Erde
hat die Arbeiterklasse die Macht.

An dem Tag streiken Kölns Unternehmen
und in Kuba erfüllt man die Norm
in Moskau macht man das Wetter
und in Peking die Hochschulreform.

Wenn ein griechischer Hafearbeiter
nicht mehr Schiffe mit Waffen entlädt
und ein Mährescherfahrer Ägyptens
sein Korn dann auf Sinai mäht.

In Nordirland gehn Iren zur Kirche
in Rom wird der Papst dann getraut
in Pretoria regiert dann ein Schwarzer
in Vietnam wird nur Reis angebaut.

An dem Tag werden Kerker sich öffnen
und die Stunde der Freiheit ist da
dann umarmen wir unsere Genossen
dieser Tag kommt bestimmt, Angela.

Es wird kommen ein Tag mit viel Arbeit
auf dem Feld, in der Schule, im Schacht
denn in allen Ländern der Erde
hat die Arbeiterklasse die Macht.

Kuro's scharfe Sachen

Wer nach Oberhausen kommt, sollte unbedingt in die „Kunst“-Fabrik (K 14, Lothringer Str. 60) gehen. Denn da macht Walter Kuroski – oder kürzer Kuro – gerade eine Ausstellung. Die ausgestellten Graphiken sind alle von bekannter Kuro-Schärfe und befassen sich mit den Themen Nixon, Vietnam-Krieg, CDU und Lage der Arbeiter. Bei der Eröffnung zeigte Kuro

Dias von seinen Graphiken aus den vergangenen Jahren. Dazu spielte seine Kuro-Band. Von feinsinnigen Ästheten, die seinen feinen Strich rühmen oder von dem farblichen Eindruck schwärmen, hält Kuro weniger. „Die haben den tieferen Sinn nicht erkannt“, meint er. „Meine Aufgabe ist es, politische Graphik zu machen, bunte Bilder gibt es genug.“



SCHALLPLATTEN ★ SONGS ★ MODE

und so weiter

So halten teure Schall- platten länger

Ihr habt sicher auch eine stattliche Sammlung von Schallplatten. Ein ganz schön teurer Spaß, nicht wahr? Um so ärgerlicher, wenn dann durch falsches Lagern eine Platte kaputt geht. Hier ein paar Tips, wie ihr länger etwas von euren Platten haben könnt:

1. Schallplatten verziehen sich leicht, wenn sie unsachgemäß aufbewahrt werden. Sie müssen entweder senkrecht stehen oder so liegen, daß nicht mehr als 15, maximal 20 Platten aufeinander geschichtet sind. Sehr gute Hilfe bieten hier die angebotenen Behälter zur Aufbewahrung von Platten.

2. Schallplatten sind hitzeempfindlich. Niemals neben Heizkörper oder in die Sonne legen! Verformene Platten lassen sich nicht wieder richten. Auch mechanische Beschädigungen übertragen sie nicht. Kratzer von Fingernägeln und Fingerabdrücken können hörbar werden.

3. Verwendet nur eine einwandfreie Abtastnadel. Sie muß ausgewechselt werden, wenn speziell im inneren Bereich der

Platte bei größerer Lautstärke Verzerrungen auftreten. Die Lebensdauer einer Abtastnadel hängt von verschiedenen Faktoren ab. Saphire sollten nach einem Vierteljahr überprüft werden, wenn man täglich eine Stunde spielt. Bei Diamant-Nadeln kann diese Zeitspanne auf ein Jahr ausgedehnt werden. Ablagerungen an der Nadel sollte man mit einer nicht zu harten Saphir-Bürste beseitigen.

4. Staub ist der größte Feind der Mikro-Rillen. Darum beginnt die Pflege bei der staubfreien Aufbewahrung der Platte.

5. Gegen elektrostatische Aufladung während des Abspielens schützt leichtes Abwischen mit einem Antistatik-Tuch. Vorsicht bei Sprays und sonstigen Flüssigkeiten!

6. Stark verschmutzte Platten kann man mit destilliertem Wasser, dem ein wenig Alkohol beigegeben ist, reinigen. Größere Mengen Flüssigkeit verwenden und die Platte mit einem sauberen, nicht fuselnden Tuch trocknen.

ELAN—BÖRSE



Der AStA der Fachhochschule Kiel Sozialwesen (23 Kiel, Diesterwegstr. 20, Koordinationsbüro) hat mit dem Aufbau eines Koordinationsbüros für Jugendzentren und Jugendzentrums-Initiativgruppen für Schleswig-Holstein begonnen. JZ und Initiativen möchten sich bitte melden.

Eine Mappe mit farbigen Reproduktionen der besten Plakate der Arbeiterjugendbewegung seit 1968 hat der Bundesvorstand der SDAJ (46 Dortmund, Sonnenscheingasse 8) herausgegeben. Sie können zum Einzelpreis von 20 DM je Sammlung bestellt werden.

pläne-
Platten-
Rotparade
In diesem Monat auf Platz
No.1:



REINHOLD
ANDERT
(DDR)

Blumen für die
Hausgemeinschaft

LP, Bestell-Nr. S 88108
DM 22,-



Verlag „pläne“
GmbH
Abteilung 4
46 Dortmund
Ruhrallee 62

463 G Polikeit D K P
2835 P Georg 79

